

DIE UNGARISCHE REGIERUNG
UND DIE POLNISCHE FRAGE
IN DEN ERSTEN JAHREN DES WELTKRIEGES.

I.

Das gewaltige Ringen, welches im August 1914 auf dem Gebiete des ehemaligen Königreiches Polen zwischen den Streitkräften des Zarenreiches einerseits, jenen der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches andererseits, einsetzte, rückte die Lösung der polnischen Frage in den Vordergrund des Interesses.

Die einander gegenüberstehenden Machtgruppen fühlten sehr wohl, daß die Stellungnahme eben jener Nation, auf deren historischem Boden dieser gewaltige Kampf entbrannte, auf die Entscheidung dieser Frage nicht ohne Einfluß bleiben könne, — ja, daß für jeden der Beteiligten der Anschluß des polnischen Volkes oder zumindest dessen Majorität einen moralischen Erfolg von weittragender Bedeutung in sich schließen würde. Und so entrollte sich denn vor den Augen der Zeitgenossen das ungewöhnliche und in seiner Art einzig dastehende, weltgeschichtliche Bild eines Wettlaufes der beteiligten Mächte um die Gunst einer zerstückelten, im politischen Sinne gar nicht existierenden und daher militärisch völlig untergeordneten Nation. Wenn wir jedoch bedenken, daß bei den westeuropäischen Völkern der Begriff der „polnischen Nation“ im Laufe der Zeiten zu einer Verkörperung des politischen Freiheitsideals geworden war, so müssen wir wohl anerkennen, daß in diesem Werben um die Freundschaft des polnischen Volkes ein Kern höchst realer Politik enthalten war. Bedeutete doch eine entsprechende Lösung der polnischen Frage für alle beteiligten Mächte, nicht nur eine Paralyse der zentrifugalen Kräfte im eigenen Staate, sondern darüber hinaus

auch eine günstige Beeinflussung der öffentlichen Meinung in den neutralen Staaten.

In Rußland war, sowohl die Bedeutung, als auch die Notwendigkeit der Lösung der polnischen Frage schon im Laufe des Balkankrieges erkannt worden. War es doch eben die polnische Frage, welche der Verwirklichung der auf Grund der Erfahrungen im Balkankriege gewonnenen, neuen Zielsetzungen der kaiserlich russischen Politik die größten Hindernisse entgegengesetzte und den Fürsten Grigorij N. Trubeckoj veranlaßte, in seiner, dem Zaren am 20. Januar 1914 überreichten Denkschrift die besondere Dringlichkeit ihrer Lösung auseinander zu setzen. Fürst Trubeckoj begründete schon damals die Notwendigkeit raschester Lösung des polnischen Problems mit dem Hinweis auf den möglicherweise sehr nahe bevorstehenden Ausbruch eines allgemeinen europäischen Krieges. Der Zar schien angeblich einer friedlichen Lösung geneigt, umsomehr als gleichzeitig mit diesem Schritte des Fürsten Trubeckoj auch mehrere, prominente Mitglieder der Duma in ähnlichen Unterbreitungen ihn zur Lösung dieser Frage zu bewegen suchten. Alle diese Pläne scheiterten jedoch an dem erfolgreichen Widerstande des damaligen russischen Innenministers, nach dessen Ansicht die Verwirklichung derselben einen Bruch mit der herkömmlichen, russischen Politik bedeutet hätte.¹

Sazonov, in seiner Eigenschaft als Außenminister der Regierung Goremykin, und in Kenntnis des Umstandes, daß seinerzeit die Vorschläge des Fürsten Trubeckoj vom Zaren nicht ungünstig aufgenommen worden waren, kam auf dieselben im August des Jahres 1914 zurück. Er unterstrich die Aktualität dieser Frage durch den Hinweis auf die anti-russische Bewegung in Polen, welche bereits in den ersten Tagen desselben Monates in Wien und Budapest bekannt geworden war,² wie auch durch Bezug auf das siegreiche Vorrücken der deutschen Truppen auf russisch-polnisches Gebiet, wo letztere bereits am 2. August 1914 Czeszochowa und Kalisch besetzt hatten.³ Sazonovs Ansicht ging dahin, daß die sich immer deutlicher erweisende, militärische Überlegenheit der

¹ s. Wolfgang Lehmann, Die polnische Frage in der russischen Politik 1904—1914: Berliner Monatshefte, 1933, 674 ff.

² s. z. B. den gewöhnlich gut informierten „Budapesti Hírlap“ v. 2. und 3. Aug. 1914.

³ s. „Budapesti Hírlap“ v. 4., 7., etc. Aug. und außerdem Maurice Paléologue, Das Zarenreich („A cár országa“). Budapest, Bd. I, S. 51.

deutschen Heerführung⁴ auf die schwankende öffentliche Meinung Polens von entscheidendem Einfluß sein müsse und dies gerade in jenem kritischen Zeitpunkte, in welchem Polen vor der Entscheidung stünde, an welche Macht es sich anschließen solle. Sazonov hatte übrigens von Beginn an die Auffassung vertreten, daß die „unrichtig durchdachte“ Politik der kaiserlich russischen Regierung „höchst unglücklich verwirklicht“ worden sei und unterließ auch nicht in seinem Memorandum, alle jene Versuche, welche russischerseits in konsequenter Weise zwecks Assimilierung des polnischen Volkes angestellt worden waren, mit schärfsten Worten zu brandmarken.⁵

Dies ist sohin der Grund dafür, daß Sazonov im August 1914 die erste Gelegenheit ergriff, die russische Regierungspolitik in der polnischen Frage in eine solche Richtung abzulenken, welche mit der bisherigen amtlichen Auffassung in diametralem Gegensatze stand, nach Sazonovs Ansicht aber, unter den gegebenen Verhältnissen der einzig mögliche Ausweg blieb, um die Sympathien des polnischen Volkes und dessen eventuelle Waffenhilfe zu gewinnen. Sazonovs Bemühungen waren von Erfolg gekrönt. Bereits am 13. August 1914 konnte er dem französischen Gesandten Maurice Paléologue vertraulich mitteilen, daß „der Zar die Wiederaufrichtung Polens mit weitgehender Autonomie beschlossen habe“ und daß er diesen Entschluß dem polnischen Volke in einem Manifeste zur Kenntnis bringen werde, mit dessen Ausarbeitung der Herrscher ihn, Sazonov, betraut habe. Dieses Manifest werde jedoch durch den Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch, den Höchstkommmandierenden der russischen Streitkräfte, erlassen werden, weil der Großfürst seine Befugnisse als Höchstkommmandierender nicht überschreite, wenn er sich an eben jene slawischen Völker, für deren Befreiung er kämpfte, mit einem Aufrufe wende; während der Zar persönlich sich nicht an „seine künftigen Untertanen“ wenden könne. Sowohl Sazonov als auch Paléologue waren fest überzeugt, daß eine polnisch-russische Personalunion „dem Vordringen der Germanen nach Osten endgültig ein Ende setzen würde und so jegliches Problem Osteuropas zugunsten des Slawentums in vollkommen neuer Beleuchtung erscheinen lassen würde; endlich und vor allem aber auch, daß dadurch das Ver-

⁴ Man sprach auch schon von der Räumung Warschaus. Diesbezügliche Nachrichten s. „Budapesti Hírlap“ v. 6. und 7. Aug. 1914.

⁵ s. Sz. V. Sazonov, Schicksalsjahre („Végzetes évek“). Ins Ungarische übertragen von Hugo Gellért. Budapest, S. 421 ff.

hältnis des Zarismus zu den andersnationalen Volksgruppen des russischen Reiches von einem konzilianteren, verständnisvolleren und liberaleren Geiste getragen werden werde".⁶

Dies war die Vorgeschichte jenes Aufrufes, welcher am 16. August 1914 mit der Untreschrift des Höchstkommandierenden, Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch, erschien⁷ und welcher nicht nur in Rußland, sondern in ganz Europa ungeheueres Aufsehen erregte.

Auch die Mittelmächte beschäftigten sich mit der polnischen Frage bereits seit dem ersten Augenblick des Krieges. Noch vor Eintritt des Kriegszustandes zwischen der Monarchie und Rußland, war bereits in polnischen Kreisen eine Bewegung entstanden mit dem Ziele, sich in der großen Auseinandersetzung der Weltmächte eine Rolle zu sichern. In Wien war am 1. August 1914 die Nachricht verbreitet, daß „in Russisch-Polen Massenaufrufe verteilt würden, welche die Bevölkerung zur Abschüttelung des russischen Joches aufforderten".⁸ Zu gleicher Zeit erschienen auch Nachrichten in der ungarischen Presse, daß ein ehemaliger Hauptmann namens Graf Ladislaus Stadnicki „alle, wo immer auf der Welt lebenden Polen" zum Anschlusse an Ungarn auffordere, unter Hinweis darauf, daß in der Vergangenheit es nur die Ungarn allein gewesen seien, welche sich der Zerstückelung Polens widersetzt hätten und daß „in Ungarn jeder polnische Flüchtling als Bruder und mit offenen Armen aufgenommen werde".⁹ Nach anderen Nachrichten wieder sollte die vereinigte polnische Unabhängigkeitspartei Aufrufe unter der Bevölkerung verteilt haben, welche offen zum Widerstande gegen die Russen und im Falle eines kriegerischen Konfliktes, zum bewaffneten Aufstande gegen „den größten Feind Polens, das zaristische Rußland"¹⁰ aufforderten.

War auch die Zeitungsberichterstattung nicht frei von Übertreibungen, so ist es doch gewiß, daß die datenmäßigen Angaben über den zwischen Polen und Russen bestehenden Haß im allgemeinen glaubhaft waren und den Tatsachen entsprachen. So konnte sich denn die österreichisch-ungarische Armeeführung während des am 6. August 1914 begonnenen Vormarsches auf russisches Gebiet davon überzeugen, daß die polnische Bevölkerung sich den

⁶ s. Maurice Paléologue: Bd. I, S. 68—69 und 81 ff.

⁷ Maurice Paléologue: Bd. I, S. 71 und 73 ff.

⁸ „Budapesti Hírlap" vom 2. Aug. 1914.

⁹ „Budapesti Hírlap" vom 2. Aug. 1914.

¹⁰ „Budapesti Hírlap" vom 3. Aug. 1914.

österreichischen und ungarischen Truppen bereitwilligst anschloß.¹¹ Dies offensichtlich aus dem Grunde, weil sie den von der Armeeführung in deutscher und in polnischer Sprache verteilten Aufrufen Glauben schenkte, welche Aufrufe die Versicherung enthielten, daß die österr.-ungarischen Truppen „die Befreiung vom moskowitzischen Joche“¹² brächten.

Diesen, beinahe amtlichen Charakter tragenden Aufrufen mochte es auch zuzuschreiben gewesen sein, daß die Mobilisierung auf dem Gebiete Russisch-Polens versagte, da von den Einberufenen sich kaum 40% zur Waffe meldeten.¹³

Es bestand sohin eine polnische Frage, eine Frage mit der zu rechnen war, mit der man sich beschäftigen mußte und deren Lösung in irgend einer Form gesucht werden mußte. Auf diesen Standpunkt gelangten die kriegführenden Mächte, obwohl unabhängig von einander, doch beinahe zu gleicher Zeit. Wenn aber die Klärung der polnischen Frage, bzw. der Ausgleich der polnischen und russischen Interessen, vom russischen Standpunkte aus, nur eine Angelegenheit innerpolitischer Natur darstellte, so war es bei den Mittelmächten sofort nach Aufwerfen derselben klar, daß die Interessen des Deutschen Reiches und der Monarchie in dieser Hinsicht keinesfalls identisch waren. Und in der Tat, — bezüglich der den Polen, bzw. den zu befreienden, polnischen Gebieten gegenüber zu befolgenden Politik, kam es zwischen diesen beiden Mächten weder im Laufe des Jahres 1914, noch auch später, zu einer aufrichtigen und einheitlichen Vereinbarung.

Graf Stephan Tisza, seit Juni 1913 ungarischer Ministerpräsident, der nicht nur die inneren Angelegenheiten Ungarns mit der ihm eigenen Energie leitete, sondern auch auf außenpolitischem Gebiete den ungarischen Gesichtspunkten Geltung zu verschaffen suchte, war hinsichtlich der polnischen Frage, über welche die ungarischen Tagesblätter damals schon laufend schrieben, der Ansicht, daß zu Beginn des Krieges es nicht an der Zeit sei, sich mit derselben zu beschäftigen, weil dies ein gefährlicher Handel „mit des Bären Pelz“ sei.

Sollte die Frage aber dennoch einmal aufs Tapet gebracht werden, dann dürfe man sich vor deren Verhandlung nicht ver-

¹¹ „Budapesti Hírlap“ vom 8. Aug. 1914.

¹² „Budapesti Hírlap“ vom 9. Aug. 1914. Die Bedeutung dieses Aufrufes wurde damals in der ungarischen Presse entsprechend gewürdigt. s. den Leitartikel im „Budapesti Hírlap“ vom 10. Aug. 1914.

¹³ „Budapesti Hírlap“ v. 9. Aug. 1914. Daß dieser Aufruf auch in Russisch-Polen bekannt war, s. diesbezgl. „Budapesti Hírlap“ vom 14. Aug. 1914.

schließen. Persönlich war Graf Tisza der Ansicht, daß „die Auf-
richtung eines unabhängigen Königiums Polen die einfachste Lö-
sung darstellen würde“,¹⁴ d. h. Tisza's persönlicher Standpunkt
deckte sich mit der öffentlichen Meinung Ungarns, wonach man
sobald als möglich das alte Polen wiederherstellen müsse.

Tisza, jedoch, in seiner verantwortungsvollen Stelle, mußte
mit allen Eventualitäten rechnen und vor allem die Interessen und
Gefühlsmomente der österreichischen Reichshälfte vor Augen
halten. Sobald denn auch die beiden Regierungen sich mit den
Lösungsmöglichkeiten der polnischen Frage zu befassen begannen,
wurde Tisza von österreichischer Seite darauf aufmerksam ge-
macht, daß, falls die Mittelmächte aus dem dzt. russisch-polni-
schen Gebiete unabhängigen Staat schaffen wollten, mit dem
Verluste Galiziens gerechnet werden müsse, daß „aber auch bis
dahin die galizischen Polen, welche zentripetal orientiert und eine
Stütze der österreichischen Regierung seien, sich unbedingt in ein
destruktives, nach außen gravitierendes, feindliches Element ver-
wandeln würden“. Diese Auffassung entbehrte nicht großer
Wahrscheinlichkeit. Da aber Graf Tisza die innige Zusammenar-
beit der beiden Reichshälften, sowohl vom österreichischen, als
auch vom ungarischen Standpunkte, für eine Lebensfrage hielt,
vermied er es sorgfältig diese Gemeinsamkeit durch Forderung
des Gedankens eines selbständigen Königiums Polen zu gefähr-
den und suchte nach anderen Möglichkeiten für die Lösung die-
ses Problems. In dieser Hinsicht standen ihm zwei Möglichkeiten
offen: entweder die Vereinigung des selbständig gemachten
Polens mit Österreich, oder aber die trialistische Umgestaltung
der Monarchie, in welcher sodann die ziffernmäßig bedeutende
Gruppe der polnisch-ruthenischen Völkerschaften den dritten
Reichsteil gebildet hätte. Diese letztere Lösung hielt Tisza vor
allem deswegen für gefährlich, weil in deren Verwirklichungsfalle
das österreichische Deutschtum die Unterstützung des Polentums
verloren hätte, wo doch gerade die Polen letzthin wichtige Fakto-
ren der staaterhaltenden, politischen Richtung gewesen waren;
das auf sich selbst angewiesene Deutschtum aber dem Machtver-
langen der Tschechen und Südslawen nicht genug Widerstand hätte
entgegenzusetzen können und so sich die Lage der österreichischen
Innenpolitik mit unweigerlicher Sicherheit zu einer vollkommenen

¹⁴ s. den an Baron Burián, der kön. ung. Minister am allerhöchsten Hof-
lager, am 11. Aug. 1914. gerichteten Brief aus: Graf Stephan Tiszas gesam-
melte Werke, Briefe. II. Bd. Budapest, 1924.

Anarchie zugespitzt hätte. Hätte sich hingegen das österreichische Deutschtum mit den im Rahmen der Monarchie lebenden Polen zu einer engeren politischen Freundschaft zusammengeschlossen, so hätte ein solcher polnisch-deutscher Block das ständige Rückgrat einer, in allen Belangen gemäßigeren, nüchterneren und folgerichtigeren österreichischen Politik bilden können. Graf Tisza's Überzeugung ging daher dahin, daß „es das ausgesprochene Interesse, sowohl des österreichischen Deutschtums, als auch aller jener österreichischen Faktoren, welche den Wunsch hegten, in ihrem Vaterlande etwas geordnetere und zufriedenstellendere Verhältnisse zu schaffen, sei, eine etwa anzuschließende polnische Bevölkerung unter Aufrechterhaltung der dualistischen und paritätischen Struktur der Monarchie, als eines der staatserhaltenden Elemente der Monarchie, in diese aufzunehmen“.

Tisza erkannte jedoch sehr wohl, daß diese Art der Lösung vom ungarischen Standpunkte gewisse Nachteile in sich berge. Die Bevölkerung Österreichs hätte nämlich durch die geplante Einverleibung einen wesentlichen Zuwachs erfahren, welcher Zuwachs im Laufe der Zeit eventuell geeignet gewesen wäre, die praktische Anwendung der politischen Parität nachteilig zu beeinflussen. Gewiß zwar, daß Österreich seit 1867 stets volkreicher gewesen als Ungarn, (nach der Volkszählung vom Jahre 1910 fielen auf Österreich 58%, auf Ungarn 42% der Gesamtbevölkerung) ohne daß dieses Überwiegen der Bevölkerungsziffer der einen Reichshälfte von nachteiligen Folgen auf die praktische Ausübung der Parität begleitet gewesen wäre, doch blieb es immerhin fraglich, ob, wenn die Verhältniszahl, die 1914 58:42 betrug, nach dem Anschluß auf 63:37 steigen würde, sich die Lage nicht zu Ungunsten Ungarns verschieben würde? Zwecks Verbesserung des ziffernmäßigen Verhältnisses dachte daher Tisza daran, Bosnien, eventuell auch Dalmatien zu Ungarn zu schlagen, gestand aber selbst, daß diese Lösung „sehr wohl zu bedenken sei“.¹⁵

Baron Burián, der königl. ung. Minister am allerhöchsten Hoflager, welchem Tisza die obigen Möglichkeiten und Konzeptionen am 11. Aug. 1914 mittels Kuriers mitteilte, setzte sich noch am gleichen Tage mit Baron Conrad, dem Chef des Generalstabes ins Einvernehmen und orientierte denselben über die momentane Auffassung des ungarischen Ministerpräsidenten in der polnischen Frage. Da Baron Conrad sich der Auffassung Tiszas

¹⁵ ib. S. 61—64. ff.

anschloß, wurden nicht nur seinerseits, sondern auch von seiten des Gemeinsamen Ministeriums des Äußern sofort Schritte eingeleitet, um das Einverständnis Berlin's zu der Konzeption Tisza's, bezw. zur Angliederung der zu besetzenden russisch-polnischen Gebiete an Österreich prinzipiell zu sichern¹⁶ und dies umsomehr, als Berlin gerade zu jener Zeit sich angeblich auf den Standpunkt gestellt hatte, daß es die „Errichtung eines vollkommen selbständigen Polens“ für notwendig erachte.¹⁷

Die Polen selbst, als die am meisten interessierte Partei, bezw. wenigstens ein Teil derselben, hätten sich der Einverleibung in den Rahmen der Monarchie nicht widersetzt. Dr. Leo, der Vorsitzende des Polenklubs, wies in seinem mündlichen Vortrage bei Baron Burián am 13. Aug. 1914 persönlich darauf hin, daß die „Polen keinesfalls wünschten, die Rolle eines Pufferstaates zu spielen, sondern in den Rahmen der österr.-ungarischen Monarchie aufgenommen zu werden. Er selbst wolle der staatsrechtlichen Lösung dieser Frage derzeit nicht präjudizieren, halte es jedoch für notwendig, daß die Regierungschefs einerseits und einige Vertrauensleute der polnischen Seite andererseits unverzüglich zusammenträten, um in dieser Frage Stellung zu nehmen“.¹⁸

Baron Buriáns persönlicher Standpunkt in der polnischen Frage deckte sich im Wesentlichen mit jenem des Grafen Tisza: „Auch ich kann natürlicherweise nur eine solche Lösung als annehmbar vorstellen, welche die absolute und relative Stellung Ungarns in der Monarchie sichern und festigen würde“, schrieb er am 14. August an Tisza. „Verlassen wir nicht die sichere Grundlage des Dualismus“, setzte er fort, fügt jedoch, — augenscheinlich unter dem Eindrucke seiner mit Dr. Leo gepflogenen Besprechungen hinzu, daß andererseits er nicht verschweigen könne, daß die Einfügung Polens in die dualistische Staatsform mit großer Umsicht vorgenommen werden müsse.

Die Lösung der Frage werde schwierige Probleme aufwerfen, deren befriedigende Lösung keine leichte sein werde. Baron Burián sieht diese Schwierigkeiten im Folgenden:

¹⁶ s. chiffr. Telegramm des Bar. Burián an Ministerpräsidenten Tisza vom 11. Aug. 1914, welches am selben Tage 23 Uhr 25 Min. in Budapest eintraf. Original in der Korrespondenz des Grafen Tisza, woraus wir dasselbe mit frdl. Erlaubnis des H. Geh. Rt. Eugen v. Balogh mitteilen.

¹⁷ aus dem im Nachstehenden eingehender zu behandelnden Briefe des Bar. Burián vom 14. Aug. 1914. Original ebendort.

¹⁸ Telephonisch weitergeleitetes Telegramm des Bar. Burián an Tisza vom 13. Aug. 1914. Original ebendort.

In dem zu erweiternden, dualistischen Staatengebilde würde Polen in eine unterstaatliche Stellung geraten, und zwar als Bestandteil des einen Staates, und sei es fraglich, ob es gelingen werde die selbstbewußten Polen hiezu zu bewegen?

Gegenüber einem 40 Millionen zählenden Österreich werde es schwer halten, die Parität praktisch durchzusetzen. Die Polen werden schwerlich die deutsche Kommando- und Dienstsprache akzeptieren.

Dem Polentum im Rahmen des österreichischen Staates könnte praktisch eine ebenso schwerwiegende Majorität zukommen, wie dann, wenn man die Monarchie auf dualistische Grundlagen stellen würde.

„Polen wird nicht so leicht wie ein erweitertes Galizien in die Monarchie einzuverleiben sein. Die Polen aspirieren auf ein uneingeschränktes, nationales Leben und erwarten auch dessen baldmöglichste Zusicherung im Rahmen der Monarchie, aber entsprechend ihrem nationalen Charakter, ihrer Bevölkerungszahl und ihren Traditionen. Die derzeitige innere Struktur Österreichs wird schwerlich aufrecht zu erhalten sein und Polen wird sich nicht mit Krain oder Tirol auf einen Nenner bringen lassen.“ Mit anderen Worten, — es müßte mit einer grundlegenden Änderung der Struktur Österreichs gerechnet werden.

Aber auch damit muß bis zu einem gewissen Grade gerechnet werden, daß, nachdem in polnischen Kreisen lebhaftere Sympathien Ungarn gegenüber bestehen, diese Tatsache bei den Polen die Neigung zu einer Lösung auf dualistischer Grundlage verstärken werde, denn die Polen wollen den Österreichern ebenso nahe stehen wie den Ungarn.

Da aber im inneren Leben Österreichs, abgesehen von Polen und Deutschen, lediglich die Tschechen ein politisches Gewicht besitzen werden, so bestehe dortselbst „für einen polnisch-czechischen Block ebenso viel Wahrscheinlichkeit wie für ein Zusammengehen der Deutschen mit den Polen. Die Czechen stellen ihre Forderungen stets zum Nachteile der Deutschen, nicht der Polen, und so sei es klar, wo sie sich Verbündete suchen würden.“

Die Polen betrachten die galizischen Grenzen schon derzeit als nicht bestehend.

In Österreich selbst bestünden bereits solche Pläne, welche einen stark föderativen Beigeschmack hätten."¹⁹

Die von Burián hervorgehobenen Schwierigkeiten basierten auf der mit allen Folgen rechnenden Durchdenkung des ganzen Komplexes der polnischen Frage. Sicher ist, daß Dr. Leo es war, der die Aufmerksamkeit Buriáns auf den einen oder anderen Punkt lenkte. Wohl galten die Bedenken Burians vorläufig einer ferneren Zukunft, doch nachdem man nach den Informationen Leos damit rechnen konnte, daß Warschau binnen 2—3 Wochen in den Besitz der Mittelmächte gelangen werde,²⁰ hielt Burián die prinzipielle Bereinigung der polnischen Frage bereits jetzt für zeitgemäß, schon um jeder Gefahr einer oberflächlichen und übereilten Behandlung derselben vorzubeugen. Dieser Gesichtspunkt war es auch, der das österreichisch-ungarische Ministerium des Äußeren leitete, als es sich mit der Stilisierung jenes Aufrufes befaßte, welcher „beim Einmarsche in Warschau im Namen Seiner Majestät herauszugeben wäre“ und welcher Aufruf „kein detailliertes, politisches Programm enthalten sollte, sondern lediglich die Kundmachung der Befreiung vom russischen Joche und der Ausdehnung der Herrschaft der Habsburger auf dieses Gebiet“. Dieser Entwurf war bereits am 14. August 1914 fertig, — auch Burián hatte ihn gelesen, — doch hätte derselbe vorerst in Berlin vorgelegt werden müssen und nach Erhalt der Zustimmung deutscherseits, dann auch des Einverständnisses der beiden Regierungen teilhaftig werden müssen.²¹ Wie bekannt gelangte jedoch der Aufruf vorläufig nicht vor die große Öffentlichkeit.

Die Regierung des Deutschen Reiches, — dies sicherlich zum größten Erstaunen der Wiener Kreise, — erteilte ihre Zustimmung zur Einverleibung des zu befreienden Polens in die österreichische Monarchie, indem sie nur so viel bemerkte, daß die Besprechung der Details einem späteren Zeitpunkte vorbehalten bleibe.²² In Wien jedoch gewann die Auffassung immer mehr an Boden, — und ihr pflichteten auch die polnischen Politiker der Monarchie

¹⁹ Brief d. Bar. Burián v. 14. Aug. 1914 an Stephan Tisza. Original ebendort.

²⁰ aus den zuvor zitierten, am 13. Aug. 1914 telephonisch abgegeb. Telegramm. Original ebendort.

²¹ aus dem zitierten Briefe Bar. Buriáns v. 14. Aug. 1914. Original ebendort.

²² Telephonisch übermitteltes Telegramm des Bar. Burián vom 16. Aug. 1914. Original ebendort.

bei, — daß die Grundprinzipien der Einverleibung schon aus dem Grunde vorangehend bereinigt werden müßten, damit das Entstehen und die Verbreitung radikaler Strömungen in den polnischen Kreisen vermieden werden könne.

Graf Stürgkh, der österreichische Ministerpräsident, wie auch der Außenminister Graf Berchtold, traten in gleicher Weise wie Graf Tisza für die unveränderte Aufrechterhaltung des Dualismus ein, nur daß, — wie dies Burián am 16. August 1914 an Tisza berichtete, — „hinsichtlich der Struktur des zu schaffenden Gebildes noch die größten Meinungsverschiedenheiten herrschten“ so daß vorläufig nur so viel gewiß erscheine, daß die Polen weder eine Einverleibung in Österreich wünschten, noch auch den Gebrauch der deutschen Sprache als Amtssprache zu akzeptieren geneigt seien. Die österreichischen, politischen Kreise waren sich klar darüber, daß die Einverleibung des zu befreienden Polens in den österreichischen Staat eine lange Kette von Verwicklungen und Schwierigkeiten in sich berge, weshalb, nach Ansicht dieser Kreise, es auch nicht ausgeschlossen sei, daß es notwendig sein werde die Struktur Österreichs auf gänzlich neue Grundlagen zu stellen. Vielerorts war man geneigt diese Schwierigkeiten dergestalt zu umgehen, daß man das neue Polen mit Ungarn vereinigen würde, dagegen Österreich derart entschädigte, daß man ihm Kroatien und Bosnien angliederte.²³

Obwohl nach Ansicht der Regierungen der kriegsführenden Mächte die polnische Frage lediglich als ein Accessorium des Weltkrieges zu betrachten war, sohin nur dann eine endgültige Lösung erhalten konnte, wenn das Schicksal des Kampfes schon entschieden worden war, blieb dieselbe doch ständig auf der Tagesordnung und bildete je nach dem Wechsel des Kriegsglückes bald den Gegenstand der Machtbestrebungen der Mittelmächte, bald jener des Zarenreiches.

Seit Erscheinen des russischen Manifestes nahm die polnische Frage an Bedeutung zusehend zu, was auch in Wien erkannt wurde. Großer Erfolg wurde zwar von diesem Manifest nicht erwartet, doch war man sich klar darüber, daß falls die Polen zwischen der russischen und der preußischen Herrschaft zu wählen hätten, sie bestimmt die russische Herrschaft dem „Schicksale Posens“ vorziehen würden. Die Bemühungen der österreichisch-ungarischen Diplomatie waren daher darauf gerichtet, die deut-

²³ Aus dem zitierten Telegramme des Bar. Burián vom 16. Aug. 1914. Original ebendort

schen Ansprüche zu mäßigen und gleichzeitig die deutschen Kriegsziele genauer zu umschreiben, denn von diesen beiden Voraussetzungen hing alles für eine erfolgreiche Behandlung der polnischen Frage ab. „Eines müßte jedoch bereinigt werden“, — schrieb Burián am 25. August 1914 an Tisza, nämlich, daß „die einmarschierenden Deutschen den Polen zu verstehen geben müßten, daß sie sie nicht okkupieren würden“. Es war dies zweifellos kein unwesentlicher Erfolg des Ballhausplatzes. Die Deutschen verheimlichten übrigens nicht, daß sie auf die Ausbeutung von einzelnen, an Kohlengruben und Industriewerken reichen Gebieten, wie z. B. die Umgebung von Kalisch und Piotrkow Anspruch erheben würden.²⁴ Dieser Anspruch stand jedenfalls in offenem Gegensatz zu jenem früheren, deutschen Standpunkte, der angeblich die Notwendigkeit eines vollkommen unabhängigen Polens anerkannt hatte. Aus diesem Grunde geschah es auch, daß Tisza, obschon er die neueren Ziele der deutschen Politik nicht genau kannte, dennoch, wegen des zwischen den beiderseitigen Standpunkten aufscheinenden Gegensatzes, dem Außenminister Grafen Berchtold im Interesse eines einträchtigen Zusammengehens mit Deutschland riet,²⁵ sich den deutschen Ansprüchen anzupassen, bzw. Berchtolds Aufmerksamkeit auf die Anerkennung der deutschen territorialen Ansprüche lenkte.

Die vorsichtige Politik des ungarischen Ministerpräsidenten wurde in vielen Hinsichten nicht nur durch die kriegerischen Ereignisse gerechtfertigt, sondern auch durch die, im polnischen politischen Leben sich wahrnehmbar machenden Gegensätze und radikalen Strömungen. Obschon nämlich die Streitkräfte der Monarchie Ende August bei Krasnik und Komarow große Siege über die russischen Heere davontrugen,²⁶ erlangten doch die mit Übermacht angreifenden Russen auf den galizischen Schlachtfeldern bald die Oberhand, eroberten am 2. September 1914 Lemberg²⁷ und drängten die österreichischen und ungarischen Streitkräfte nicht nur bis in die Karpathen zurück, sondern warfen dieselben auch noch bis über die ungarische Grenze.²⁸ In dieser schicksalshaften Stunde rettete Deutschland die Situation: — seit

²⁴ s. den Brief des Bar. Burián vom 25. Aug. 1914. Original ebendort.

²⁵ Graf Tisza in seinem Briefe vom 24. Aug. 1914. Briefe II. Bd. S. 84.

²⁶ Höfers Kriegsbericht, „Budapesti Hirlap“ 4. Sept. 1914.

²⁷ s. Brief des Bar. Burián an Ministerpräsident Graf Tisza v. 31. Aug. 1914. Original in der Korrespondenz des Grafen Tisza.

²⁸ Paléologue: I. S. 94. Höfers Kriegsbericht, „Budapesti Hirlap“ 7. und 8. September.

dem Ende des Monates August siegten die deutschen Armeen Schlag auf Schlag über die Russen,²⁹ rückten auf das Gebiet Russisch-Polens ein und übten einen derartigen Druck auf die russische Front aus, daß die zaristische Heeresleitung genötigt war, die um den Besitz der Karpathen eingeleiteten Kämpfe abzubrechen und zwecks Abwehr des deutschen Vormarsches die ganzen russischen Streitkräfte umzugruppieren. Unter diesen Verhältnissen wäre ein Rechten mit den Deutschen wegen deren territorialer Ansprüche weder richtig noch zweckmäßig gewesen. Die offensichtliche Unterlegenheit der militärischen Kraft und Heeresleitung der Monarchie mußte folgerichtig auch in der Behandlung der polnischen Frage zum Ausdrucke kommen.

Bei den Polen selbst hatten die Anfangserfolge der österreichisch-ungarischen Truppen zu den widersprechendsten Gefühlsäußerungen Anlaß gegeben. Nicht nur in den radikalen, sondern auch in den konservativen polnischen Kreisen gingen die Meinungen darüber, auf die Seite welcher Partei man sich schlagen solle und durch welche Mindestforderungen man die Befriedigung der nationalen Wünsche erhoffen könne, weit auseinander. In einem Punkte war man sich jedoch einig, daß nämlich zur Sicherung des künftigen Polens, von den einander gegenüberstehenden Mächten, die weitestgehenden Sicherungen verlangt werden müßten. Hierauf bezog sich auch das Memorandum des Lemberger Gemeinderates Obminski — der aber keinesfalls zu den bedeutenderen polnischen Politikern gehörte, — mit welchem sich die Regierungen der Monarchie eingehend beschäftigten. Obwohl dessen Inhalt unbekannt blieb, läßt sich doch aus den schriftlichen Mitteilungen des Baron Burián hierüber an Graf Tisza³⁰ schließen, daß dessen Vorschläge solche Forderungen enthielten, welche damals vom Standpunkte der Monarchie noch unannehmbar waren.

Tisza, getreu seinem ursprünglichen Standpunkte, hielt ein eingehendes Befassen mit der polnischen Frage, eben mit Rücksicht auf die kriegerischen Ereignisse, im gegebenen Momente für nicht zeitgemäß, bekannte sich aber auch jetzt zu der Auffassung, daß „die neue Provinz möglichst enge in den österreichischen Staat einzugliedern sei“³¹ und beantwortete daher dieses, von

²⁹ Über die Kämpfe in den Karpathen s. „Budapesti Hírlap“ v. 27., 28., 29. September und 9. Oktober 1914, ferner *Paléologue*, Bd. I, S. 97, 107, 111, 131 ff.

³⁰ s. *Paléologue*, Bd. I, S. 90 ff.

³¹ s. Brief Tiszas v. 28. Aug. 1914 an Graf J. Forgách, Abteilungsleiter des Ministeriums des Äußern. Briefe II, S. 98.

Obminski ausgearbeitete Memorandum mit einer höflichen Ablehnung. Um jedoch Mißverständnisse zu vermeiden, legte er Wert darauf zu betonen, daß sowohl die ungarische Regierung, als auch die ungarische öffentliche Meinung eine glückliche Wendung des Schicksals des polnischen Volkes mit aufrichtiger Freude begrüßen würde, wobei jedoch er, Graf Tisza selbst, welcher sich als einen wirklichen Freund des polnischen Volkes betrachte, Obminski aufmerksam machen müsse, daß man sich nicht mit „unerreichbaren Plänen und Hoffnungen beschäftigen“ möge.³²

Diese Warnung war aus dem Grunde notwendig, weil Tisza Kenntnis davon hatte, daß nicht nur Obminski, sondern auch Andere, wie es scheint auch Leo Bilinski, damaliger gemeinsamer Finanzminister, geneigt waren, dem bewaffneten Eingreifen der gerade zu dieser Zeit aufgestellten polnischen Schützen³³ und Legionäre³⁴ einerseits, andererseits aber auch jener Stellungnahme des Polenklubs, über welche die Polen die Welt in einem entschlossenen und selbstbewußten Aufruf orientiert hatten,³⁵ entscheidende Bedeutung beizumessen. Tisza war der Meinung, daß die eventuelle Vereitelung dieser sanguinischen Hoffnungen eine entscheidende Rückwirkung auf die polnischen Gemüter ausüben könnte, weshalb er auch die politischen Führer der Polen zur Mäßigung und Vermeidung von Übertreibungen ermahnte. Aus eben diesem Grunde betrachtete Tisza auch die neuerdings deutscherseits erhobenen, territorialen Forderungen als eine solche Ernüchterung, welche später die erfolgreiche Führung der notwendigerweise auf die Tagesordnung gelangenden Verhandlungen wegen der Polen erleichtern würde.³⁶

Soviel scheint allerdings gewiß zu sein, daß auf den von Tisza eingenommenen Standpunkt die von Baron Burián erhaltenen Informationen von nachhaltiger Wirkung waren, welche Informationen letzterer dem ungarischen Regierungschef auf Grund der von unmittelbarst interessierten österreichischen Politikern gemachten Mitteilungen von Zeit zu Zeit gab. In den Berichten Buriáns waren ab und zu tatsächlich solche Details enthalten, an welchen Tisza nicht gleichgültig vorübergehen konnte, nicht nur weil dieselben die Zusammensetzung der Monarchie empfindlich

³² s. Tizas Brief vom 1. Sept. 1914 an Obminski. Briefe II, S. 107.

³³ s. „Budapesti Hírlap“ vom 15. und 16. Aug. 1914.

³⁴ s. „Budapesti Hírlap“ vom 26. und 27. Aug. 1914.

³⁵ s. „Budapesti Hírlap“ vom 18. Aug. 1914.

³⁶ s. Brief des Grafen Tisza vom 28. Aug. 1914 an den Grf. Forgách, Briefe II, S. 98.

berührten, sondern auch deswegen weil sie darüber Aufschluß gaben, daß sich hinsichtlich der großen Ziele eigentlich noch immer keine einheitliche, öffentliche polnische Meinung gebildet hatte. Nach Burians Ansicht „wollten die in Russisch-Polen lebenden Polen lieber unter Rußland bleiben, als unter deutsche Herrschaft gelangen“. Der österreichische Ministerpräsident Stürgkh selbst, erklärte vor den Führern des polnischen politischen Lebens: — und diese Äußerung hörte auch Burián, — „Man kann ja hier offen aussprechen, daß auch die Galizianer nichts an den österreichischen Staatsgedanken bindet, als die Verehrung und Dankbarkeit für die Person des Monarchen. Dieses Gefühl ist jetzt auch schon bei den russischen Polen stark.“³⁷

Hinsichtlich der Authentizität dieser Äußerung kann ein Zweifel nicht bestehen, denn dieselbe erscheint durch einen solchen Ohrenzeugen aufgezeichnet, der selbst ein hohes öffentliches Amt bekleidete. Nach Ansicht des Grafen Stürgkh besaß daher die polnische Bevölkerung Rußlands gegenüber dem Zaren eben ein solches dynastisches Gefühl, wie das galizische Polentum gegenüber dem österreichischen Kaiser. Hieraus schien der österreichische Ministerpräsident die Folgerung abzuleiten, daß die russischen Polen nicht den Wunsch hätten, sich unter allen Umständen vom Zarenreiche loszureißen und auch nicht sich um jeden Preis mit den übrigen Polen zu vereinigen. Nach Buriáns Ansicht würde daher die eventuelle Angliederung der russischen Polen unter diesen Umständen überhaupt nicht zur Konsolidierung beitragen, sondern im Gegenteil leicht eine solche Lage schaffen, welche die Monarchie schon nach kurzer Zeit um eine neue zentrifugale Strömung bereichern würde, sei es nach vollkommener Unabhängigkeit, sei es nach neuerlicher, eventuell loserer Verbindung mit Rußland. „Wäre es demnach nicht richtiger, wenn der größere Teil des russisch-polnischen Gebietes zu den Deutschen kommen würde?“ — fragt er, weil dann „wenigstens sie und nicht wir hiemit unsere Not haben werden, unsere Polen aber auch weiterhin zur Monarchie stehen würden, wo sie ihr nationales Leben fortsetzen können.“³⁸

Diese vertraulichen Grübeleien Buriáns, von denen er selbst zugiebt, daß sie auch etwas übertrieben wären, zeigen, daß die Diplomatie der Monarchie, obwohl sie sich seit der ersten Minute

³⁷ Brief des Bar. Burián vom 31. Aug. 1914. Original in der Korrespondenz des Grafen Tisza.

³⁸ s. Brief Bar. Buriáns v. 31. Aug. 1914. Original ebendort.

des Weltkrieges mit der Lösung der polnischen Frage befaßte, auch nach Wochen noch immer dort hielt, wo sie dies Problem aufgenommen hatte, d. h. bei dem von Tisza szt. aufgeworfenen Gedanken der „losen Angliederung“;³⁹ — eines Gedankens, dessen wirklichen Sinn eigentlich noch niemand genauer kannte. In Wien war man sich klar darüber, daß eine präzise Regelung der Frage ohne die Mitwirkung Berlins nicht vorstellbar sei, Berlin aber ließ sich nicht in die Karten sehen. Daher kam es auch, daß die Diplomatie der Monarchie anfänglich so informiert war, daß Deutschland die Bildung eines „gänzlich unabhängigen Polens“ plane.⁴⁰ Später nahm man an, daß sich die Deutschen dem Anschlusse des zu befreienden polnischen Gebietes an Österreich nicht widersetzen⁴¹ würden, jedoch Anspruch erheben würden auf einzelne, an Kohlengruben und Industrieanlagen reiche Gebiete.⁴² Alle diese Informationen waren jedoch zum größten Teil nur Vermutungen und mußte auch Burian in seinem, am 3. September an Tisza gerichteten Briefe einbekennen, daß „man über die gegenwärtigen Absichten Deutschlands nicht viel wüßte und auch nicht viel mehr erfahren könne, da die Antwort auf die Anfragen unseres Außenministeriums eine solche gewesen sei, welche nicht eben zu weiterer Neugierde ermutige.“⁴³

Die Regierung des Deutschen Reichs aber, befaßte sich mit der polnischen Frage ganz ernstlich. Hierauf wiesen auch jene Verfügungen hin, welche sofort nach Ausbruch des Krieges erlassen worden waren; so z. B. die Auflösung des zur Enteignung polnischer Güter gegründeten Ostmarkenvereines, die Beschlagnahme,⁴⁴ dessen Vermögens für Zwecke des deutschen Roten Kreuzes, ferner die Abfassung jenes, in Berlin, im Laufe des September 1914 in polnischer Sprache erschienenen Heftchens, das unter dem Titel „Polens Wiederaufstehen“ sich mit der polnischen Frage befaßte, und die Polen davon zu überzeugen suchte, daß sie ihr Heil bei den Mittelmächten suchen müßten, nicht aber

³⁹ Diesen Ausdruck gebrauchte Tisza in dem am 28. Aug. 1914 am Grf. Forgách gerichteten, mehrfach zitierten Briefe. Briefe II, S. 98.

⁴⁰ s. d. zit. Brief Buriáns v. 14. Aug. 1914. Original in der Korrespondenz des Grafen Tisza.

⁴¹ s. d. zit. Brief Buriáns v. 16. Aug. 1914. Original ebendort.

⁴² s. d. zit. Brief Buriáns v. 25. Aug. 1914. Original ebendort.

⁴³ s. d. schon zit. Brief Buriáns vom 3. Sept. 1914. Original ebendort.

⁴⁴ s. d. Artikel „Deutsche und Polen“ im „Budapesti Hírlap“ vom 4. Okt. 1914.

im Rahmen des russischen Reiches.⁴⁵ Die deutschen Blätter glaubten auch zu wissen, daß der russische Höchstkommandierende schon das auf die Wiederherstellung Polens bezügliche, am 16. August 1914 herausgegebene Manifest zurückgezogen habe, mit der Begründung, daß bei den Kämpfen um Lemberg auch polnische Schützen gegen die Russen gekämpft hätten.⁴⁶ Im amtlichen Blatte des deutschen Militärkommandos, dem „Kriegsblatte“, erschien am 22. September 1914 eine an die Polen gerichtete Kundmachung, welche zum Ausdruck brachte, daß es Deutschlands politisches Interesse sei, Rußland niederzuwerfen und Polen unabhängig zu machen.⁴⁷ Diese, augenscheinlich nicht zusammenhängenden Erscheinungen, erregten in der Monarchie Aufsehen, — und eben deswegen nahm auch die Presse von denselben Notiz, — weil sie sich mit der deutschen Politik nicht recht vereinigen ließen, welche Politik, wenigstens Wien gegenüber, in der polnischen Frage sich bis dahin immer den Anschein der Passivität zu geben gesucht hatte.

Die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen und deren, im Herbst 1914 genommene, für die Monarchie ungünstige Wendung, drängten jede politische Frage in den Hintergrund. So verlor in diesem Augenblicke auch die polnische Frage an Bedeutung, obwohl Tisza sich bemühte Bilinski zu beruhigen und ihm erklärte, daß er die Frage nicht aus den Augen verliere und ständig bemüht sei, eine solche Lösung zu finden, welche einerseits den berechtigten Wünschen der Polen Rechnung trage, andererseits aber auch den Interessen der Monarchie entspreche.⁴⁸ Diese Erklärung enthielt jedoch nur Gemeinplätze und konnte ja auch nichts anderes enthalten, weil Tisza infolge der Verslossenheit der Politik des Deutschen Reiches, weder die politischen Zielsetzungen Deutschlands genauer kannte, noch auch dessen, in der polnischen Frage eingenommenen, wahren Standpunkt. So war Tisza denn auch nicht in der Lage, andere als ledigliche Allgemeinheiten enthaltende Erklärungen abzugeben. Dabei war er sich jedoch dessen vollauf bewußt, daß die polnische Angelegenheit zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reiche je eher zu bereinigen sei: erstens, im Interesse der Polen, in deren Kreisen

⁴⁵ s. d. erwähnten Artikel im „Budapesti Hírlap“ v. 4. Okt. 1914.

⁴⁶ s. „Budapesti Hírlap“ v. 28. Sept. 1914.

⁴⁷ s. „Budapesti Hírlap“ v. 30. Sept. 1914.

⁴⁸ s. d. Brief des Grafen Tisza v. 17. Okt. 1914. Briefe II, S. 233 ff.

schon wegen der seitens der Mächte bekundeten Lauheit⁴⁹ eine allgemeine Verstimmung eingetreten war, zweitens, weil, da der Kriegsschauplatz sich auf polnischem Boden befand, die Bevölkerung vom Freunde als auch vom Feinde außerordentlich viel zu leiden hatte.⁵⁰ Aber auch im Interesse der Mittelmächte selbst, war diese Frage dringend zu bereinigen, denn die Stellungnahme des viele Millionen zählenden Polentums für eine oder die andere Macht, konnte für keine derselben gleichgültig bleiben. Dies war denn auch der Grund, warum Tisza während seines Aufenthaltes in Berlin und im deutschen Hauptquartier zu Pleß, in der Zeit zwischen dem 19. und 23. November 1914 es als eine seiner Aufgaben betrachtete, unter anderen, anstelle der vielen, ungewissen Nachrichten, endlich auch glaubwürdige Informationen über den Standpunkt der deutschen Regierung in der polnischen Frage, zu verschaffen. Tisza setzte bei dieser Gelegenheit dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg den Standpunkt der Monarchie, bezw. der ungarischen Regierung, ausführlich auseinander und faßte denselben im Wesentlichen dahin zusammen, daß die von den Russen rückerobernden Gebiete der Monarchie einzugliedern wären, jedoch nur dann, wenn Deutschland auf dieselben keinen Anspruch erheben würde. In diesem Falle würden selbstverständlich, zwecks Bereinigung der Detailfragen direkte Verhandlungen zwischen den beiden Verbündeten notwendig sein.

Der Reichskanzler erklärte hierauf Tisza ganz offen, daß die Deutschen je weniger polnisches Gebiet zu erwerben wünschten, weil das Deutsche Reich den national einheitlichen Charakter des Reiches nicht durch die Aufnahme fremder Elemente gefährden wolle. Eben denselben Standpunkt vertrat auch Zimmermann, der stellvertretende Staatssekretär, mit welchem Tisza im Laufe der Angelegenheiten auch über die polnische Frage verhandelte. Zimmermann hielt es eventuell nur für notwendig in den Wilno und Grodo benachbarten, meist von Litauern bewohnten Gebieten, die deutschen Grenzen zwecks besseren Schutzes Ostpreußens etwas zu berichtigen.⁵¹

⁴⁹ vgl. Paléologue: I. S. 143—144, Wiedergabe des Gespräches mit Grf. Josef Potocki über diese Angelegenheit.

⁵⁰ s. d. Brief des Barons Burian an Grf. Tisza vom 27. Okt. 1914. Original in der Korrespondenz des Grafen Tisza.

⁵¹ Notizen des Grafen Tisza über die im November 1914 in Berlin und im deutschen Hauptquartier geführten Verhandlungen. Der auf die Polen bezügliche Teil dieser Notizen besagt Folgendes:

„Was speziell Polen anbetrifft, so sei auch dies eine heikle Frage.“ In

Sohin bereinigten die Verhandlungen Tizas mit den Leitern der deutschen Außenpolitik vollständig den vom Deutschen Reiche in der polnischen Frage eingenommenen Standpunkt. Es stellte sich heraus, daß, obwohl die Regierung des Deutschen Reiches in dieser Frage noch nicht endgültig entschieden hatte, sie doch keinerlei Einwand gegen den Anschluß der zu befreienden Gebiete an die Monarchie erheben würde. Festgestellt konnte auch werden, daß Deutschland keinen Anteil an dem polnischen Gebiete verlange, abgesehen von strategischen Grenzberichtigungen, welche in der Nachbarschaft Ostpreußens in Betracht kommen könnten. Damit war die Frage prinzipiell entschieden. Die praktische Durchführung selbst, blieb selbstverständlich von den Ergebnissen auf den Kriegsschauplätzen abhängig.

II.

Die auf dem Gebiete Galiziens und in der Nachbarschaft Ostpreußens sich abspielenden Kämpfe nahmen im Winter 1914/15 eine gewaltige Ausdehnung an. Unter dem Befehle Hindenburgs stehende deutsche Streitkräfte brachen, von Sieg zu Sieg schreitend, tief in russisches Gebiet ein, konnten jedoch in-

Wien aber erhitzte man sich sehr dafür?" frug mich der Reichskanzler. Ich verneinte dies Frage. Es seien die Polen gewiß sehr für die Sache begeistert und wir könnten mit Rücksicht auf unsere 5 Millionen Polen dieselbe nicht von uns weisen. Ich glaube jedoch, daß alle verantwortlichen Führer der Politik der Monarchie die großen Schwierigkeiten der Sache einsehen, dieselbe gar nicht zu provozieren wünschen und gewiß nicht forcieren würden.

Es kann sich aber eine Situation entwickeln, wo sich die Lostrennung Kongreß-Polens oder des größten Teiles desselben von selbst ergibt und nicht zurückgewiesen werden könnte. In diesem Falle kann von einem unabhängigen Polen nicht die Rede sein. Es müßten die von Rußland losgetrennten, polnischen Gebiete in die Monarchie einverleibt werden, insoweit Deutschland nicht auf dieselben reflektiert. Sollte Deutschland auch einen Teil Polens beanspruchen, so müßte dies zwischen uns ins Klare gebracht werden.

Der Reichskanzler erklärte, auf möglichst wenig polnisches Territorium reflektieren zu wollen, da Deutschland seinen einheitlich nationalen Charakter durch Aufsaugen vieler fremder Elemente nicht schwächen wolle."

Über die Besprechungen mit Zimmermann finden wir Folgendes in den Aufzeichnungen Tiza's:

„Bezüglich der territorialen Ansprüche Deutschlands in Russisch-Polen meinte er, sie würden gewiß wenig nehmen und mehr in der Richtung Wilno oder Grodno, wo sie Litauen und nicht Polen bekommen und sich in Ostpreußen eine bessere Verteidigungslinie verschaffen würden." Das Original dieser Aufzeichnungen befindet sich in der Korrespondenz des Grafen Tiza.

folge des zähen Widerstandes der Russen eine endgültige Entscheidung nicht herbeiführen. Galizien geriet wieder in russische Hände, und da Ungarn das Ziel der russischen Operationen bildete, wogten seit dem Februar des Jahres 1915 ständige, schwere Kämpfe um den Besitz der den Weg nach Ungarn eröffnenden Karpathenpässe. Diese Kämpfe, die größte Winterschlacht der Weltgeschichte, und der Gebirgskriege im besondern, standen beispieillos, sowohl hinsichtlich der ungeheueren Ausdehnung der Fronten, als auch der, im Verlaufe von Angriff und Verteidigung, gegeneinander eingesetzten Massen. Während dieses schicksalschweren, gigantischen Ringens wurde selbstverständlich jede politische Frage, wie im Herbst 1914, und so auch die polnische Frage gänzlich in den Hintergrund gedrängt. Als aber am 2. Mai 1915 der Durchbruch von Gorlice gelang und die Russen in rascher Folge auf der ganzen Front derartige Schläge erlitten, daß bereits im September desselben Jahres die Truppen der Mittelmächte in beinahe pfeilgerader Linie¹ von Riga bis zur rumänischen Grenze standen, lebte nun, wo ja der größte Teil des historischen Königreiches Polen dank der rasch aufeinander folgenden Siege der Mittelmächte befreit war, auch die polnische Frage von neuem auf.

Unter diesen Umständen war es nur zu verständlich, daß die zaristische Regierung, noch vor der Einnahme von Warschau, aber schon im Hinblick auf den wahrscheinlichen Verlust der polnischen Hauptstadt und die moralische Rückwirkung deren Falles, sich beeilte die polnische Frage in der Duma zur Sprache zu bringen. So gab denn Ministerpräsident Goremykin in der Sitzung des russischen Reichstages vom 1. August 1915 die Erklärung ab,² daß der Zar die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes angeordnet habe, welcher berufen sei der polnischen Nation nach dem Kriege eine weitgehende Selbstverwaltung, selbstverständlich aber im Rahmen des russischen Reiches, zu sichern. Diese Regierungserklärung, welche beinahe genau ein Jahr nach dem Erscheinen des inhaltlich gleichlautenden Manifestes des russischen Höchstkommmandierenden erfolgte, konnte sicherlich höchstens auf die im russischen Reichsrat sitzenden, sich allerdings in einer

¹ Vgl. Eugen Pilch's Studie: in „Der Weltkrieg“, ap. Alexander Imre, Budapest, 1917. S. 59 ff.

² s. die Übersetzung der Rede Goremykins im „Budapesti Hírlap“ vom 3. August 1915.

Zwangslage befindlichen Polen³ Eindruck machen, auf die polnischen Massen selbst, aber blieb eine solche Zusage gänzlich wirkungslos; wußte doch jedermann, daß diese Frage nicht in der Duma, sondern auf den Schlachtfeldern entschieden werden würde. Daher kam es auch, daß die ausländische Presse den Fall Warschaus am 5. August 1915 lediglich vom Standpunkte der polnischen nationalen Politik würdigte.⁴ Ein scharf umrissenes Programm der Endziele dieser polnischen Politik aber gab das oberste polnische Nationalkomitee in dem unter dem Eindrucke der Befreiung der alten polnischen Hauptstadt verfaßten Aufrufe mit den Worten, daß „die Grundlage aller polnischen Bestrebungen die Vereinigung des ungeteilten Königreiches mit dem ungeteilten Galizien bilde“.⁵ Der Wortlaut des Aufrufes, welcher übrigens am 8. August 1915 auch in den Krakauer Blättern erschien,⁶ zeigte, daß das polnische Nationalkomitee das neue Polen, welches aus der Vereinigung der von den Russen befreiten polnischen Gebiete mit Galizien zu bilden gewesen wäre, an die Monarchie angliedern wollte, und zwar aller Gewißheit nach als gleichberechtigtes Glied eines trialistischen Staates, was auch ein Teil der damaligen Politiker der Monarchie für vorstellbar und praktisch durchführbar hielt.⁷ Der Gedanke, daß das neue Polen auch die preußisch-polnischen Gebiete umfassen könne, tauchte überhaupt nicht auf, so unwahrscheinlich schien diese Vorstellung damals, wo gerade die deutschen Truppen es waren, welche das Werk der Befreiung vollbracht hatten.

Die ungarische Gesellschaft, welche die Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte, machte aus ihrer Solidarität mit den Polen kein Geheimnis. Der durch Baron Albert Nyáry nach dem Muster des im Jahre 1908 ins Leben gerufenen Lemberger Polnisch-Ungarischen Vereins, gegründete Ungarisch-Polnische Verein begrüßte am 10. August in warmen Worten die in Wien versammelten, polnischen Abgeordneten, welche über die künftig zu befolgenden Richtlinien der polnischen Politik berieten.⁸ Ebenso war es auch der Ungarisch-Polnische Verein, der am 25. August 1915, vielleicht unter dem Eindrucke der

³ s. „Budapesti Hírlap“, vom 4. August 1915.

⁴ s. „Budapesti Hírlap“ vom 6. und 8. August 1915.

⁵ s. „Budapesti Hírlap“ vom 11. und 12. August 1915.

⁶ s. „Budapesti Hírlap“ vom 12. August 1915.

⁷ s. die später zu zitierende Studie des Grf. Jul. Andrassy.

⁸ s. „Budapesti Hírlap“ vom 10. August 1915.

Eroberung von Novogeorgievsk,⁹ die ungarischen Munizipien in einem Rundschreiben aufforderte, in einer Adresse die Intervention des ungarischen Reichstages im Interesse der Wiederherstellung eines unabhängigen Polens zu erbitten. Der Aufruf fand ungeheueren Widerhall und die ungarischen Munizipien nahmen nacheinander Stellung für die Wiedererrichtung eines unabhängigen Polens.¹⁰

Unter der Wirkung der beinahe einhelligen Stimmung des Landes und der öffentlichen Meinung veröffentlichte Reichstagsabgeordneter Graf Julius Andrassy, einer der Führer des ungarischen politischen Lebens, in zwei Artikeln seine Ansichten über die polnische Frage. Der eine dieser Artikel erschien in der „Neuen Freien Presse“ vom 12. September 1915, der andere im „Magyar Hírlap“ vom 14. September 1915. In beiden diesen Artikeln trat Graf Andrassy entschieden für die polnische Unabhängigkeit ein. „Ich hielt es für die allein richtige Politik“, schreibt Graf Andrassy in seinen Kriegserinnerungen, „alles zu tun, um das polnische Volk zu befriedigen und für uns zu gewinnen. Unsere Feinde beschuldigten uns immer, daß wir die kleinen Völker unterdrücken und zugrunde richten wollten. Sie hatten das Schlagwort geprägt, daß nur sie allein es seien, die die schwachen Nationen schützen. Zu dieser Art der Agitation gab ihnen denn auch der Fall Belgiens und Serbiens eine gewaltige Waffe in die Hand. Eine gerechte Lösung der polnischen Frage, die Befreiung einer unterdrückten Nation und Wiedergutmachung einer alten Sünde wäre demgegenüber eine glänzende Widerlegung aller derartigen Anklagen und gleichzeitig ein günstiger Anlaß gewesen, unsere bereits stark kompromittierte Sache vor der öffentlichen Meinung der Welt zu rechtfertigen. Darüber hinaus aber hätten wir uns auch auf einem der Haupt-Kriegsschauplätze einen verlässlichen Freund schaffen können und zu neuem Soldatenmaterial kommen können. Die Erreichung aller dieser Ziele hätte am besten durch eine sogenannte österreichisch-polnische Lösung gesichert werden können, deren Grundgedanken gewesen wäre, aus Russisch-Polen einen souveränen Staat zu schaffen, dessen Krone unserem Herrscher anzubieten, und an Stelle des Dualismus' den Trialismus einzuführen. Ohnedies hätte die Habsburgische Monarchie eine territoriale Ausweitung nur auf einem solchen Gebiete erwarten können, wo sie auf keinen moralischen

⁹ s. „Budapesti Hírlap“ vom 21. u. 22. August 1915.

¹⁰ s. Bar. Paul Nyáry, Leben und Wirken des Bar. Albert Nyáry-Budapest, 1936. S. 11.

Widerstand, bezw. Interessengegensatz der betreffenden Bewohnerschaft gestoßen wäre, und nicht als Usurpator, sondern im Gegenteil als Befreier des betreffenden Volkes aufgetreten wäre."¹¹

Da die maßgebenden Faktoren des ungarischen politischen Lebens sich bis dahin in der großen Öffentlichkeit über die polnische Frage nicht geäußert hatten, erregte das Auftreten Andrássys nicht nur im Lande selbst, sondern auch im Auslande, speziell aber in den Kreisen der unmittelbar interessierten Polen ungeheures Aufsehen.¹²

Die Wirkung, welche erstlich die Initiative des Ungarisch-Polnischen Vereines, späterhin aber das Auftreten des Grafen Andrassy auf die von Gefühlsmomenten beherrschte, ungarische öffentliche Meinung ausübte, wurde selbstverständlich von der ungarischen Regierung sofort richtig erkannt. Trotzdem beeilte sich Tisza nicht, die ungarische Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß die entsprechende Lösung des polnischen Problems seine Regierung bereits seit über einem Jahre beschäftige. Obwohl sich Graf Tisza klar war darüber, daß die Lösung dieser Frage im Sinne der Konzeption des Grafen Andrassy, bezw. die Betonung einer solchen Notwendigkeit sowohl ihm als auch seiner Partei ungehäuere Popularität eingetragen hätte, vermied doch Tisza jedes Haschen nach eben dieser Popularität und richtete all' sein Bestreben, — wie wir sahen — bereits seit mehr als einem Jahre, einzig und allein auf den wohlerrwogenen Ausgleich der ungarischen, österreichischen, deutschen und polnischen Interessen, ohne allerdings bisher der Lösung nähergekommen zu sein. Tisza hielt nach wie vor an seiner Konzeption aus dem Auguste des Jahres 1914 fest und vertrat auch jetzt noch immer den Standpunkt, daß man den dualistischen Charakter der Monarchie unverändert aufrecht erhalten müsse, weil eben diese Konstruktion sich in der Vergangenheit gut bewährt habe und jeglicher Versuch mit dem Trialismus nur gefährlich sein könne. Tisza war sohin nicht geneigt von seiner ursprünglichen Auffassung abzugehen; hatte ihn doch bis dahin niemand davon überzeugen können, daß dieselbe unrichtig oder unzeitgemäß wäre, auch Andrassy nicht, mit dem Tisza des öfteren Gelegenheit zum Meinungs Austausch hatte.¹³

¹¹ s. Graf Jul. Andrassy, Diplomatie und Weltkrieg. Budapest, 1921. S. 106—107.

¹² s. Joh. Kertész, Polen und die Andrássys. Budapest, 1936. S. 7—10. und M. Zdziechowski, Węgry i dwokola Węgiei. Wilno, 1933. S. 141 ff.

¹³ s. das zit. Werk des Grf. Jul. Andrassy, S. 108.

Nun aber, wo Tisza wegen der unterdessen in der Stellungnahme der deutschen Heeresleitung eingetretenen Änderung Befürchtungen hegte, hielt er die Zeit für gekommen, daß die ungarische Regierung ihren, von Anbeginn in dieser Frage eingenommenen Standpunkt präzisiere und der österreichischen Regierung zur Kenntnis bringe, wobei er persönlich überzeugt war, daß die Auffassungen beider Regierungen sich vollkommen decken. Er fühlte sehr wohl, daß diese in der polnischen Frage zu Tage tretende, absolute Übereinstimmung in den Beziehungen der Mittelmächte untereinander ein so ausschlaggebender Faktor sein würde, daß an dieser Tatsache auch die Regierung des Deutschen Reiches insoweit sie Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit der Monarchie legte, nicht achtlos vorbeigehen könnte.

Reichskanzler Bethmann-Hollweg und Zimmermann, der stellvertretende Staatssekretär, waren ursprünglich, wie aus den schon erwähnten Aufzeichnungen Tizas hervorgeht, gegen jeden Gebietszuwachs, welcher auf Kosten der Polen gegangen wäre; dies nicht aus gefühlsmäßigen Rücksichten, sondern auf Grund der sehr richtigen, realpolitischen Auffassung, daß es absolut unzweckmäßig sei, den beinahe rein deutschen, einheitlichen Charakter des Reiches durch Einverleibung anderer Volkselemente zu gefährden. Dies war eine Theorie, welche zu jener Zeit auch gleichzeitig die Linie der offiziellen Politik darstellte. Späterhin hatte sich jedoch die deutsche Heeresleitung vorbehalten, bei der praktischen Lösung der polnischen Frage mitzuwirken und sie stellte sich zu Beginn des Jahres 1915 auf den Standpunkt, daß es ins solange verfrüht sei, verträgliche Bindungen hinsichtlich der Staatsform, der Grenzen oder internationalen Lage der überhaupt erst noch zu befreienden Polen einzugehen, bevor das Schicksal des Krieges nicht endgültig entschieden sei. Man müsse daher die den Russen abzunehmenden Gebiete bis zur Beendigung des Krieges als okkupierte Gebiete betrachten, woselbst die höchste Regierungs- und gesetzgebende Gewalt durch Militärgouverneure auszuüben sei. Das solcherart unter militärische Verwaltung zu stellende Gebiet aber sei seinerzeit, der jeweiligen Kriegslage entsprechend, zwischen den beiden Mittelmächten aufzuteilen. Dieser Auffassung schloß sich später auch die Heeresleitung der Monarchie an. So kam es denn am 9. Januar 1915 in Posen und am 22. April 1915 in Kattowitz¹⁴ zu der im Vorstehenden skizzierten Vereinbarung. Diese Übereinkommen erregten jedoch we-

¹⁴ s. „Budapesti Hírlap“ vom 15. Sept. 1915.

gen des okkupatorischen Charakters der geplanten Besitzergreifung im Außenministerium der Monarchie schwere Besorgnisse. Das österr.-ungarische Außenministerium sah sehr wohl, daß es, hinsichtlich der Wirkung auf die in einer Zwangslage befindliche Bevölkerung Russisch-Polens absolut nicht gleichgültig sein könne, ob dortselbst die Streitkräfte der Mittelmächte als Befreier oder aber als Eroberer einzögen. Eben hievon aber hing die künftige Haltung der polnischen Bevölkerung ab.¹⁵

Allen diesen Bedenken gegenüber konnte man aber die Berechtigung des hauptsächlich von der deutschen Heeresleitung vertretenen Standpunktes, daß nämlich eine wie immer geartete Entscheidung der polnischen Frage, vor Beendigung des Krieges, ein gewagtes Spiel bedeute, nicht bestreiten. Dieser Auffassung der Heeresleitung trat dann auch die Regierung des Deutschen Reiches bei. Als daher mit der Einnahme Warschaus die Veröffentlichung jenes Aufrufes notwendig wurde, in welchem die Mittelmächte den Polen die Befreiung ihrer gewesenen Hauptstadt mitteilten, war dessen Text, an welchem übrigens auch Tisza mitgearbeitet hatte,¹⁶ so vorsichtig abgefaßt, daß daraus für die Mittelmächte keinerlei wie immer geartete künftige Verpflichtungen abgeleitet werden konnten. In diesem Aufrufe waren wohl viele, schöne Worte enthalten über ein neues Zeitalter der gesicherten nationalen Entwicklung und des allgemeinen Fortschrittes, über eine besondere und glücklichere Zukunft usw., aber der Unabhängigkeit des künftigen Staates, eines selbständigen staatlichen Lebens¹⁷ oder aber der Gestaltung der internationalen Lage des neu auferstandenen Polens, wurde darin, entgegen den Erwartungen der Polen, auch mit keiner Silbe Erwähnung getan.

Die Verstimmung der Polen hierüber wurde noch gesteigert durch die am 19. August 1915 im Deutschen Reichstage gehaltene Rede des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg, in welcher selber gleichfalls sorgfältigst jeden Ausdruck vermied, welcher darauf hätte schließen lassen können, daß die Mittelmächte jene Versprechung einlösen würden, welche ihrerseits seit einem Jahre wiederholt gemacht worden waren. „Unsere Truppen und die

¹⁵ s. dsbzgl. Stefan Graf Burián, Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege. Berlin, 1923. S. 66.

¹⁶ s. Brief des Grafen Tisza an Bar. Burián vom 27. Juli 1915. Briefe, IV. Bd. S. 31.

¹⁷ „Eine neue Zeit der gesicherten nationalen Entwicklung und des allseitigen Fortschrittes“, „Künder einer besseren Zeit, etc.“ Text der Aufrufe. s. Briefe, IV. Bd. S. 32—34.

österreichisch-ungarischen Truppen haben die östlichen Grenzen Polens erreicht und stehen daher die Verbündeten vor der Aufgabe dieses Land zu regieren", heißt es in der Rede des Kanzlers. „Geographisches und politisches Geschick hat Deutsche und Polen seit Jahrhunderten gezwungen gegeneinander zu kämpfen. Die Erinnerung an diese alten Gegensätze vermindert jedoch nicht unsere Achtung vor jener leidenschaftlichen Vaterlandsliebe und Zähigkeit, mit welcher die polnische Nation ihre alte, große Kultur und ihre Ideale, trotz schwerster Leiden, auch während dieses Krieges, gegen das Russentum verteidigte. Ich mache keine zweideutigen Versprechungen, gleich unseres Feinden, doch hoffe ich, daß die heute geschehene Besetzung der polnischen Ostgrenze den Beginn einer Entwicklung bezeichnen werde, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schaffen und das vom russischen Joche befreite Land einer besseren Zukunft entgegenführen werde, woselbst es die Eigentümlichkeiten seines nationalen Lebens pflegen und fortentwickeln werde können. Das durch uns besetzte Land wünschen wir möglichst unter Hinzuziehung der eigenen Bevölkerung direkt zu verwalten, indem wir trachten werden die mit dem Krieg einhergehenden, unvermeidlichen Schwierigkeiten nach Kräften zu mildern und die Wunden, welche Rußland diesem Lande geschlagen hatte, zu heilen.“¹⁸

Aus der Rede des Kanzlers konnte man richtigerweise nur folgern, daß die Mittelmächte dem zum größten Teile befreiten polnischen Gebiete vorderhand weder Selbstverwaltung, noch auch Unabhängigkeit zuzugestehen gewillt seien, sondern als interimistische Lösung an eine Art gemeinsamen Besitzes dächten, welcher Zustand dann bis zur endgültigen Beendigung des Krieges dauern würde. Dieser gemeinsame Besitz stellte sich in der Praxis so dar, daß die Mittelmächte ab 15. September 1915 die von den Russen genommenen Gebiete in zwei Teile teilten. Auf Grund dieser Aufteilung gelangte der nördliche Teil mit Warschau an die Deutschen, der südliche Teil vorerst mit Kielce, später mit Lublin an die österreichisch-ungarische Monarchie. An die Spitze der beiden Verwaltungen wurden Militärgouverneure gestellt.¹⁹

Die in der erwähnten Weise geschehene Einrichtung der Mittelmächte auf dem Gebiete Russisch-Polens stand in keinem Falle

¹⁸ s. d. ungarische Übersetzung der Rede des Kanzlers Bethmann-Hollweg in „Budapesti Hírlap“ vom 20. Aug. 1915.

¹⁹ s. „Budapesti Hírlap“ vom 15. Sept. 1915.

im Einklange mit der durch deren Regierungen seit einem Jahre vertretenen, den polnischen Ansprüchen offensichtlich geneigten Politik. Auch dann stand die Besetzung des Gebietes mit dieser Politik im Widerspruche, wenn sie nur eine vorübergehende gewesen wäre und mit Friedensschluß selbsttätig aufgehoben worden wäre. Diesen Gegensatz und im Zusammenhange hiemit das Widerspruchsvolle der ganzen Situation erkannte in erster Reihe Stephan Tisza, welcher bis dahin seinen Standpunkt in der polnischen Frage, zwar nicht vor der großen Öffentlichkeit,²⁰ aber doch des öfteren dargelegt hatte, und welcher nunmehr gezwungen war, denselben auf zwei Fronten zu verteidigen. Im eigenen Lande gegenüber der ungarischen Opposition, die für eine völlige Unabhängigkeit des neu zu schaffenden Polen im Lande Stimmung machte, oder aber wie Graf Julius Andrassy, die Notwendigkeit des Überganges zum Trialismus verkündeten; außer Landes aber gegenüber der deutschen Heeresleitung, deren Gewicht und Bedeutung in der Politik des Deutschen Reiches in der jüngsten Zeit zusehends gewachsen war. Beweis dessen, daß die Heeresleitung ihren Willen mehr als einmal sogar auch gegenüber dem Reichskanzler selbst durchsetzen konnte. Tisza sah nicht nur in der Tätigkeit der ungarischen Opposition, sondern auch in dem übermäßigen Anwachsen des Einflusses der deutschen Heeresleitung ernste Gefahrenmomente und hielt es daher für notwendig, im Wege einer Vereinbarung mit der ungarischen Opposition, eine einheitliche öffentliche Meinung in Ungarn zu schaffen, um dann auf diese gestützt, auch die Auffassungen der ungarischen und österreichischen Regierung in Einklang zu bringen. Seiner, Tiszas, Ansicht nach hätte, wie schon gesagt, eine derartige, einhellig geschlossene Stellungnahme in der polnischen Frage nicht nur Berlin, sondern auch Pleß gezwungen, hiemit als maßgebendem Faktor zu rechnen.

Diese, unter den gegebenen Verhältnissen so notwendige, geschlossene Stellungnahme herbeizuführen, wäre die interfraktionelle Konferenz berufen gewesen, welche Tisza für den 30. September 1915 zusammenrief und an welcher außer den Mitgliedern der Regierung und einigen, hervorragenden Repräsentanten der regierungstreuen Mehrheit, auch die Führer der parlamentarischen Opposition, wie Graf Julius Andrassy, Graf Albert Apponyi und Graf Aladár Zichy teilnahmen. Tisza wies darauf hin, daß die ungarische Regierung mit dem unterdessen erstarkten polni-

²⁰ s. d. Brief Tiszas vom 30. Aug. 1915. Briefe, III. Bd. S. 148.

schen Nationalbewußtsein rechnen müsse, welches von der Regierung des mit dem polnischen Volke in traditioneller Freundschaft verbundenen Ungarns erwarte, daß sie die polnische Nation in der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen unterstützte. Er selbst, Tisza, würde am liebsten die Wiederherstellung des unabhängigen Königreiches Polens befürworten; da aber derselben derzeit unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstünden, sehe er nur die Möglichkeit einer Angliederung der von den Russen rückzuerobernden polnischen Gebiete an Galizien; dies jedoch ohne an den dualistischen Charakter des österreichischen Staates zu rühren. Gegen Tisza vertrat Graf Julius Andrassy die Ansicht, wovon er übrigens Tisza schon vorher unterrichtet hatte, daß aus dem wiederzuerobernden und mit Galizien zu vereinigenden Gebiete ein souveräner Staat unter Oberhoheit der Habsburger-Dynastie im Rahmen eines trialistischen Reiches zu schaffen sei. „Wenn es auch wahr sei“, meinte Andrassy, „daß der Dualismus verschwinden würde, so würde doch die Unabhängigkeit des ungarischen Staates klarer in den Vordergrund treten und an realen Sicherheiten gewinnen, weil der Trialismus das bürokratisch zentralisierte Österreich endgültig begraben würde und das auf rein nationalistischer Grundlage stehende Ungarn in dem nationalen polnischen Staate eine starke Stütze finden würde“.²¹ Diese Meinung Andrassys wurde von Graf Albert Apponyi und Graf Aladár Zichy in allen Belangen geteilt. Ihnen gegenüber wies Graf Tisza wiederholt darauf hin, daß ein freiwilliger Verzicht auf den Dualismus Ungarn der Gefahr aussetze, in jeder sogenannten „gemeinsamen“ Angelegenheit in die Minderheit zu kommen. Ungarn, das bisher auf Grund des Ausgleiches vom Jahre 1867 mit Österreich gleichberechtigt gewesen war, würde im Falle der Verwirklichung des Trialismus unter drei Stimmen nur mit einer Stimme vertreten sein.²² Die Gründe Tiszas fanden jedoch keinen Widerhall und so gelang es ihm nicht die gewünschte interfraktionelle Einigung zustande zu bringen.

Die Regierung Tisza setzte trotzdem die polnische Frage nicht von der Tagesordnung ab. Nach Tiszas Ansicht konnte die aus persönlichen oder prinzipiellen Gegensätzen erfolgte Vereitelung

²¹ Graf Julius Andrassy, *Diplomatie und Weltkrieg*. S. 108. Mit obigen Worten faßte er seinen, Tisza gegenüber vertretenen Standpunkt in der polnischen Frage zusammen.

²² Lt. Mitteilung Sr. Exc. Eugen v. Balogh, welcher an der interfraktionellen Parteikonferenz als Justizminister der Regierung Tisza teilnahm.

einer einheitlichen Stellungnahme aller Parteien nicht so viel bedeuten, daß die den Willen der Mehrheitspartei darstellende Regierung sich mit dieser Frage nicht befassen dürfe. Besonders unter den gegebenen Umständen aber, wo sich auf der ganzen Linie das Besterben der Heeresleitung zeigte, außer auf die Kriegführung im engeren Sinne, auch auf die politische Linienführung erhöhten Einfluß zu gewinnen, sei es beinahe Pflicht der ungarischen Regierung in der polnischen Frage einen ganz klaren Standpunkt einzunehmen. Zum Ausdrucke müsse auch gebracht werden, daß ungarischerseits die polnische Frage keineswegs, als deutsche oder österreichische innere Angelegenheit betrachtet werden könne, sondern vielmehr, als eine solche internationalen Charakters, auf deren billige Lösung auch Ungarn sich auf Grund seiner mannigfaltigen, geschichtlichen Beziehungen zur polnischen Nation, Einflußnahme vorbehalte. Diese praktische Mitwirkung Ungarns an der Regelung der polnischen Frage, wäre, wie wir bereits gesehen haben, auch von Seite der Polen aufrichtig begrüßt worden.

Der am 2. Oktober 1915 abgehaltene ungarische Ministerrat stellt die erste beglaubigte Äußerung der ungarischen Regierung dar, das klar und scharf umrissene Regierungsprogramm in der polnischen Frage.

Die an diesem Ministerrate²³ teilnehmenden Mitglieder der Regierung rechneten vor allem mit der Möglichkeit der gänzlichen Befreiung Russisch-Polens, in welchem Falle es als das richtigste erscheine, die befreiten Gebiete der Monarchie anzugliedern. Es seien allerdings auch zu schweren Besorgnissen Anlaß gebende Umstände vorhanden, welche auch dann nicht außer acht gelassen werden dürften, wenn vorläufig alles glatt und ohne Verwicklungen vor sich gehen würde. Hiezu gehöre vor allem die in absehbarer Zeit sicherlich eintretende Erschöpfung der zur Fortsetzung des Krieges notwendigen Reserven an Menschen und Material. Eben deswegen wäre es erstrebenswert, mit den Feinden oder zumindest mit einem Teile derselben Frieden zu schließen und dies noch bevor die Erschöpfung tatsächlich eingetreten, bzw. öffentlich bekannt geworden sei. All' dies vor Augen haltend, müsse man sich hüten den Polen Versprechungen zu machen, welche die Monarchie, eventuell sogar gegen das eigene Interesse, zur Fortsetzung des Krieges zwingen könnten. Diese

²³ s. „Budapesti Hirlap“ v. 3. Okt. 1915.

Vorsicht sei insolange geboten, als die militärische Lage nicht zu Gunsten der Mittelmächte entschieden sei, weil immerhin auch eine solche Wendung vorstellbar wäre, welche die Monarchie zwingen könnte, die besetzten Gebiete an Rußland zurückzugeben. Was nun aber das künftige Schicksal dieser Gebiete betreffe, so war diesbezüglich der Standpunkt der ungarischen Regierung der, daß mit Ausnahme der durch Deutschland eventuell beanspruchten Teile, das übrige Russisch-Polen an die Monarchie anzugliedern sei. Dieser Anschluß dürfe aber weder die dualistische Struktur der Monarchie, noch auch die bisherige Gleichberechtigung Ungarns berühren. Sowohl das historische Recht Ungarns, als auch das Lebensinteresse der Monarchie als Großmacht erfordere es, die neuen Gebiete direkt an das österreichische Kaisertum anzuschließen und nicht neben Österreich und Ungarn einen dritten, selbstständigen Reichsteil zu bilden. Nur solcherart würde die paritätische Lage Ungarns in der Monarchie auch weiter aufrechterhalten werden können. Es verstehe sich jedoch von selbst, daß dem neuen polnischen Staatsgebilde weitestgehende Selbstverwaltung zugestanden werden müsse, und obwohl diese letztere bereits eine Frage der österreichischen Innenpolitik bilde und der Ministerrat sich demgemäß mit derselben nicht eingehender zu befassen wünsche, wolle man doch darauf verwiesen haben, daß nach der Überzeugung der Mitglieder der ungarischen Regierung Recht und Billigkeit in der Berücksichtigung der polnischen Wünsche die Polen zu treuen Dienern des österreichischen Staates machen würden; die friedliche Zusammenarbeit aber der deutschen und polnischen Bevölkerung der Monarchie, eine ruhige Entwicklung des politischen Lebens des österreichischen Kaisertums sichern würde. Da Österreich durch die polnischen Gebiete einen wesentlichen Zuwachs erhalten würde, könnte Ungarn auf Grund alter Rechtstitel Anspruch erheben auf Bosnien, Herzegowina, Dalmatien und sogar auf einen kleinen Küstenstreifen neben Fiume, welcher zur Entwicklung des Seehandels von Fiume benötigt würde. Der Ministerrat beschloß endlich die vorstehend mitgeteilten Beschlüsse der österreichischen Regierung zwecks prinzipieller Stellungnahme und Vorbereitung eingehender Verhandlungen über die berührten Fragen, zur Kenntnis zu bringen, so daß die beiden Regierungen noch während des Krieges zu endgültigen Beschlüssen in allen, mit der polnischen Frage zusammenhängenden Angelegenheiten gelangen könnten.²⁴

²⁴ Die Mitteilung der deutschen Übersetzung des Ministerratsbeschlusses

Wie ersichtlich stimmte der Beschluß des ungarischen Ministerrates im wesentlichen mit dem Inhalte jenes Briefes überein, welchen Tisza noch am 11. August 1914 an Baron Burián geschrieben hatte. Tizas damals gebildete Meinung hatte sich sohin in keiner Hinsicht geändert. In diesem Festhalten an der ursprünglichen Konzeption darf man trotzdem keinen „Mangel an geistiger Beweglichkeit“ erblicken, wie dies seitens des Grafen Julius Andrassy geschah,²⁵ denn Tisza glaubte mit aufrichtiger Überzeugung an die Notwendigkeit der Aufrechthaltung der dualistischen Staatsform und sah in jedem anders gerichteten Versuche eine Gefahr für die staatsrechtliche Stellung Ungarns und dessen schwer erkämpfte politische Geltung. Tisza war eben nicht geneigt, die sichere Gegenwart um den Preis welcher Theorie immer auf das Spiel zu setzen. Aber auch aus dem Grunde hielt er so starr am Dualismus und der paritätischen Stellung Ungarns fest, weil er wußte, daß seine politische Konzeption in der polnischen Frage jene der österreichischen Regierung genau deckte. Eben diese Einhelligkeit der Auffassung aber, hielt Tisza für einen außerordentlich wichtigen Faktor, eben zu einer Zeit, als bereits jene Wendung in der Politik des Deutschen Reiches eingetreten war, welche die neuen Ansprüche der deutschen Heeresleitung hervorgerufen hatten, eine Wendung, welche aber Tisza noch keineswegs als endgültig und abgeschlossen betrachtete. Das starre Festhalten der österreichischen und ungarischen Regierung an der einmal eingeschlagenen Politik in der polnischen Frage bedeutete keine Verkenning wechselnder Lebensnotwendigkeiten, sondern lediglich ein zähes Ausharren bei jener Grundlage, welche beide Regierungen nach jahrzehntelangen Erfahrungen als für beide Teile vorteilhaft erkannt hatten und unverändert aufrechterhalten wollten. Es erscheint sohin die Nervosität Tizas sehr verständlich, als er die Nachricht von der Berliner Reise des Grafen Julius Andrassy erhielt, der dort im Oktober 1915 für den Trialismus Stimmung zu machen suchte, und dies angeblich mit Erfolg.²⁶ Tisza beeilte sich auf diese Nachricht hin Baron Burián, seit Beginn 1915 Außenminister der Monarchie, auf die Tätigkeit Andrassys in Berlin aufmerksam zu machen und ihn zu bitten, durch den Botschafter der Monarchie in Berlin „überall zu

nach dem Original im Wiener Staatsarchiv verdanke ich der Freundlichkeit des Herrn Univ. Prof. Eugen Horváth.

²⁵ s. Diplomatie und Weltkrieg. S. 109.

²⁶ s. Diplomatie und Weltkrieg. S. 110.

verstehen zu geben, daß der Dualismus und die Parität ein *noli me tangere* bildeten".²⁷ Die Intervention in Berlin geschah denn auch. Tisza genügte hiemit vorläufig jener Pflicht, welche ihm, als dem Chef der auf dem Boden des Ausgleiches von 1867 stehenden ungarischen Regierung, zukam. Selbstverständlich konnte er nicht verhindern, doch war dies auch nicht notwendig, daß Andrassy seine Agitation sowohl im Inlande als auch im Auslande fortsetze und die Angelegenheit auch im Parlament zur Sprache bringe.²⁸ Sicherlich kam die oppositionelle Stellung Andrassys der Volkstümlichkeit der polnischen Frage zugute, brauchte doch Andrassy nicht auf so viele Gesichtspunkte und Interessen Rücksicht nehmen, wie der verantwortliche ungarische Ministerpräsident.

Die großen Vorteile dieser freien Bewegungsmöglichkeit hatte auch Tisza selbst seinerzeit erfahren können, als im Jahre 1917 ein Systemwechsel eintrat und er gemeinsam mit der Arbeitspartei in Opposition gegen die neue Regierung ging.

Die polnische Frage als solche ging übrigens im Herbst 1915 in den Wirkungsbereich des Außenministeriums der Monarchie über, weil es vor allem notwendig schien, deren prinzipiellen und außenpolitischen Hintergrund aufzuklären, dies aber schon eine Angelegenheit des Ministeriums des Äußeren darstellte. Baron Burián, als Minister des Äußeren, verwendete, wie aus seinen Erinnerungen hervorgeht, tatsächlich alle nur mögliche Sorgfalt auf eine befriedigende Lösung dieses immer schwieriger zu behandelnden Problems und glückte es ihm auch seine langwierigen, mit dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg geführten Verhandlungen insoweit erfolgreich abzuschließen, als der Kanzler sich neuerlich jene Auffassung²⁹ zu eigen machte, oder wenigstens zu eigen zu machen schien, auf welche sich beide Regierungen der Monarchie noch im Herbst 1914 geeinigt hatten, und zu welcher der Reichskanzler selbst, gelegentlich des Besuches des Grafen Tisza im November 1914, persönlich seine Zustimmung

²⁷ s. Brief Tiskas vom 12. Okt. 1915. Briefe, IV. Bd. S. 201—202, und Antwort Buriáns vom selben Tage, ib. S. 202. Diesen Brief erwähnt auch Lóránt Hegedűs, in „Zwei Andrassy und zwei Tisza“. Budapest, 1937. S. 339.

²⁸ Joh. Kertész, Polen und die Andrassy. Budapest, Mitteilung der Rede Andrassys im ung. Parlament am 7. Dez. 1915, wie auch dessen Schriften in der polnischen Frage (S. 10—14).

²⁹ Fr. Hartung, Deutschland und Polen während des Weltkrieges. (Deutschland und Polen.) München und Berlin, 1933. S. 250.

gegeben hatte.³⁰ Bethmann-Hollweg betonte auch jetzt, daß seiner Ansicht nach höchstens von Grenzberichtigungen und der planmäßigen Sicherung der wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reiches die Rede sein könne, nicht aber von wesentlicheren territorialen Umgruppierungen.³¹ Trotzdem mußte Burián auch gelegentlich dieser Verhandlungen feststellen, daß der Standpunkt des Deutschen Reiches sich nicht in allen Belangen mit jenem der Monarchie decke. So war, beispielsweise, der Reichskanzler nicht geneigt das Verhältnis Preussisch-Polens zu dem neu zu bildenden polnischen Staate, auch nur gesprächsweise zu berühren, und verwies überdies nachdrücklich auf die großen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in den von den Russen genommenen Gebieten. Eben deswegen hielt es Burián, auf Grund der in diesen Verhandlungen gewonnenen Eindrücke, nicht für ausgeschlossen, daß die Reichsregierung mit der Zeit bestrebt sein werde, die befreiten polnischen Gebiete in eine nähere Verbindung zum Reiche zu bringen, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch um die Heranbildung eines polnischen Irredentismus in Preussisch-Polen zu verhindern.³² Der Kanzler leugnete auch keineswegs den Stimmungsumschwung in der deutschen öffentlichen Meinung, welche im Gegensatz zur amtlichen deutschen Politik, einen Anteil an den befreiten polnischen Gebieten fordere.³³

Gazdasági Szókényei Könyvtár

³⁰ „Der Reichskanzler ohne weiteres es auch als seine Auffassung aussprach, Polen mit Österreich-Ungarn in eine noch näher zu umschreibende Verbindung zu bringen“, heißt es in den Erinnerungen Buriáns: Drei Jahre usw. S. 67. „Der Reichskanzler und ich waren bald einig geworden in der prinzipiellen Auffassung, daß das Königreich Polen, wenn es von Rußland abgetrennt würde, in der Form eines sehr weitgehend eigenberechtigten Landes der österreichisch-ungarischen Monarchie angegliedert werden solle“, schreibt Burián wiederholt: *ib.* S. 71.

³¹ „Es handelte sich in der Hauptsache um eine Grenzverbesserung und um die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen status quo für Deutschland in Polen“. Burián, *ib.* S. 69.

³² „Daher trat in Deutschland sehr bald die weitverbreitete Tendenz zu Tage, ohne noch Regierungsprogramm zu sein, Polen möglichst effektiv in seinen Machtbereich zu bringen, um die ausgedehnten, deutschen wirtschaftlichen und militärischen Interessen in jenem Lande zu wahren und irredentistische Einflüsse dorthin nicht aufkommen zu lassen.“ Burián, *ib.* S. 69—70.

³³ „Schon bei unserer Unterredung im November 1915 hatte der Reichskanzler mir erwähnt, daß in der öffentlichen Meinung Deutschlands sich eine Auffassung vernehmen lasse, welche sich nicht damit befreunden könne, daß Österreich-Ungarn aus dem Kriege bedeutenden Territorialgewinn erziele, während Deutschland, nach etwaiger Rückgabe Belgiens, höchstens mit einer Grezkorrektur im Osten abschneiden würde.“ Burián *ib.* S. 72.

Obwohl die im Herbst 1915 zwischen Burián und dem Reichskanzler gepflogenen Verhandlungen scheinbar erfolgreich abgeschlossen wurden, war doch der Minister des Äußern der Monarchie von schweren Besorgnissen erfüllt. Burián sah, daß in der Politik des Deutschen Reiches schon nicht mehr der Reichskanzler allein maßgebend sei, sondern vielmehr auch solche Einflüsse sich mit Erfolg geltend machten, welche mit den bisherigen Äußerungen und Konzeptionen des Reichskanzlers nicht übereinstimmten. Er trachtete daher die im Herbst 1915 unterbrochenen Verhandlungen je eher wieder aufzunehmen, da angesichts der ständig wechselnden Kriegslage nicht wohl anzunehmen war, daß gerade die polnische Frage auf einem toten Punkte verharren werde. Hineingerissen in den Strudel der Ereignisse war diese Frage schon keine theoretische mehr, ihr Schicksal und endgültige Entscheidung hing nunmehr davon ab, in wessen Hände die Führung zu liegen kommen werde. Burián war sehr wohl darüber unterrichtet, welch' schmerzliche Enttäuschung die Zweitelung der eroberten russisch-polnischen Gebiete bei der polnischen Nation hervorgerufen hatte,³⁴ und war sich klar darüber, daß ein Hinausschieben der Entscheidung, unter welchem Vorwande immer, die widerstrebenden Gefühle in der Seele des polnischen Volkes wesentlich vertiefen werde.³⁵

Aus allen diesen Erwägungen heraus wandte sich Burián am 25. Feber 1916 an den Reichskanzler Bethmann-Hollweg mit dem Ersuchen, die im Herbst unterbrochenen Verhandlungen, mit Rücksicht auf die Unaufschiebbarkeit einer endgültigen Einigung, unverzüglich aufzunehmen. Mit diesem Schritte war auch Graf Tisza unbedingt einverstanden; auch er hielt es für zeitgemäß die polnische Frage je eher neuerlich aufs Tapet zu bringen, „denn“ meinte er, „die ungarische Regierung könne ihre Einwilligung zum Anschlusse der besetzten Gebiete an Österreich ins solange nicht erteilen, als sie nicht Sicherungen dahingehend erhalten habe, daß einerseits Ungarn an dem wirtschaftlichen Kraftzuwachs Österreichs wenigstens bezüglich der Kriegskosten, bezw. für die Zeit nach der Annexion, hinsichtlich Tragung der gemeinsamen Kosten, entsprechend beteiligt werde, andererseits aber jene territorialen Fragen erledigt würden, welche Ungarn gegenüber der bedeu-

³⁴ s. Fr. Hartung a. a. O. S. 248.

³⁵ Burián, ib. S. 72—73.

tenden Gebietsverweiterung Österreichs einen, wenn auch bescheidenen, Gegenwert bieten könnten."³⁶

Die Verhandlungen zwischen Burián und Bethmann-Hollweg begannen nach langem Hin und Her erst Mitte April 1916 in Berlin. Burián mußte sofort bei Beginn der Verhandlungen mit großer Betroffenheit feststellen, daß die Auffassung des Reichskanzlers über die polnische Frage sich vollkommen geändert habe.³⁷ Der Kanzler erklärte nämlich bei den am 12. April begonnenen Besprechungen, daß er im Gegensatze zu seinem bisherigen Standpunkte nunmehr nur die Möglichkeit sehe, aus Russisch-Polen einen zwischenliegenden, sogenannten Pufferstaat zu machen, der jedoch sowohl wirtschaftlich, als auch militärisch sich an das Deutsche Reich anlehnen werde.³⁸ Burián verfocht gegenüber dem Reichskanzler selbstverständlich die unveränderte Aufrechterhaltung der ursprünglichen Konzeption und wäre höchstens zu einigen, kleineren Modifikationen bereit gewesen; dagegen aber, daß der neue deutsche Standpunkt bedingungslos durchdringe, nahm er entschiedene Stellung. Sicherlich nahm Burián darauf Bedacht, die Situation nicht allzu sehr zuzuspitzen,³⁹ doch kann kein Zweifel bestehen, daß die Hartnäckigkeit der deutschen Politik in der polnischen Frage keinesfalls zu einer herzlicheren Gestaltung des Verhältnisses zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reiche beitrug. Dies war die Lage bis zum Juli des Jahres 1916.

Es ist bekannt, daß die Brussilov-Offensive, im Juni 1916, die galizische Front der Monarchie schwer erschütterte, und die Situation nur durch das kraftvolle Eingreifen der deutschen

³⁶ Brief Tizsas vom 1. März 1916 und 6. März 1916. Briefe V. Bd., S. 58 u. 79.

³⁷ „Infolge verschiedener Verhinderungen kam es erst am 14. und 15. April in Berlin zu einer neuerlichen Aussprache mit dem Reichskanzler. Ich fand mich dort vor eine völlige und unvermittelte Sinnesänderung des Herrn v. Bethmann-Hollweg in der polnischen Frage gestellt..." schreibt Burián ib. S. 73.

³⁸ „Deutschland könne die allen in Betracht kommenden Interessen entsprechende Lösung derselben nur mehr darin erblicken, daß aus Kongreß-Polen ein an das Deutsche Reich angelehnter Pufferstaat gebildet werde." Burián ib. S. 73—74. Grf. Jul. Andrássy, Diplomatie und Weltkrieg, S. 111—112.

³⁹ „Zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland ist in der langen, denkwürdigen Zeit der polnischen Verhandlungen, selbst bei den größten Spaltungen in der Auffassung der hauptsächlichsten Punkte, das Gefühl für die Notwendigkeit den Ausgleich herbeizuführen, nie verloren gegangen." Burián a. O. S. 74.

Heeresleitung gerettet wurde. Der ungarischen Regierung bereitete nach den riesigen Verlusten an Menschen und Material nicht nur die große Schwierigkeit des Ersatzes ernste Sorgen, sondern auch der Umstand, daß das Verhalten Rumäniens gegenüber den Mittelmächten unter dem Eindrucke der erfolgreichen russischen Angriffe offensichtlich feindlich wurde, so daß die Regierung Tisza ganz ernstlich mit einem bewaffneten Eingreifen Rumäniens rechnete. Unter diesen Umständen hielt es Tisza nicht für zweckmäßig, wegen der polnischen Frage das Verhältnis zwischen der Monarchie und dem Deutschen Reiche zu verschärfen, sondern war ganz im Gegenteil der Ansicht, daß eben in dieser Frage dem verbündeten Reiche, angesichts der schon geleisteten und zwecks Sicherung weiterer Waffenhilfe, das größte Entgegenkommen bewiesen werden müsse. „Ich hielt es für ein Verhängnis,“ schrieb er am 15. Juli 1916 an Burián,“ wenn Du mit dem Weiterspinnen Deiner polnischen Pläne die kostbare Zeit zur Vorbereitung der brennend notwendigen Verteidigungsmaßnahmen versäumen würdest, bzw. dadurch, daß Du diese Frage in den Vordergrund schiebst, die Aussichten der zur Abwendung der drohenden Gefahr eingeleiteten Aktion gefährden würdest. Ich bitte Dich dringend, lieber Freund, lasse diese Deine Lieblingsideen fallen, denn dieselben sind ohnedies undurchführbar. Weder die beiden Regierungen, noch die des Deutschen Reiches könnten denselben zustimmen. Aber auch wenn wir Deine Proposition vom Standpunkte der Struktur der Monarchie und ihrer weiteren, inneren Entwicklung annehmen könnten, würde es doch die schädlichste Wirkung hervorrufen, wenn Du jetzt mit denselben an die Deutschen herantreten würdest. Dies sind nur grandiose Träume, deren Weiterspinnen in dem Augenblicke, wo die grausame Hand der Ereignisse uns vor die Frage des Seins oder Nichtseins gestellt hat, von fatalen Folgen auf die unserer Verantwortlichkeit anvertrauten, kostbaren Güter begleitet wäre. Ich bitte Dich daher, die polnische Frage derart abzuleiten, daß zwischen uns und den Deutschen eine Annäherung zustande komme, und rege je früher einen, die ganze Lage umfassenden Meinungs austausch an, welcher geeignet wäre die Vorbedingungen einer erfolgreichen Abwehr der rumänischen Gefahr zu schaffen.“⁴⁰ Die schwere Besorgnis wegen des Schicksals Ungarns, bzw. der Monarchie, hauptsächlich im Hinblick auf die ungeheueren Verluste an Menschenleben, wie sie aus diesem Briefe Tiszas unverhüllt hervorgeht, wurde von Burián

⁴⁰ Brief Tiszas an Burián vom 15. Juli 1916. Briefe, V. B., S. 247—248.

nicht geteilt. Zwar, die wesentliche Verschlechterung der außenpolitischen Lage nahm auch er wahr, ebenso wie er auch Kenntnis hatte von dem auf allen Linien fühlbaren Mangel an Reserven; trotzdem hielt er es nicht notwendig die polnische Frage aus seiner politischen Tätigkeit auszuschalten, um so weniger als auch der Reichskanzler der Meinung war, daß man sich mit derselben weiter beschäftigen müsse. Nach Erhalt des Briefes Tizas bekannte Burián, daß er seine Konzeption in einigen, wesentlichen Punkten modifizieren müsse. So müsse er z. B. den Gedanken einer Personalunion zwischen dem neuen polnischen Staate und Österreich fallen lassen, weil dieselbe weder von der österreichischen noch auch von der ungarischen Regierung gutgeheißen wurde. Hiezu käme auch, daß Polen, nach dem Wunsche der Deutschen,⁴¹ ein souveraines Erbkönigreich werden sollte, er aber nicht auf jene Rechte verzichten wolle, welche seiner Ansicht nach, den Einfluß der Monarchie in Polen zu sichern hätten.⁴²

Tisza wurde nicht nur durch den Verzicht Buriáns auf eine Personalunion beruhigt, sondern vor allem auch durch den Umstand, daß die Verhandlungsweise des Ministeriums des Äußern gegenüber den deutschen Politikern in letzter Zeit eine viel geschmeidigere und entgegenkommendere geworden war, so daß sich auch tatsächlich die Stimmung Berlins gegenüber der Monarchie besserte. Tisza hielt aber gerade dies unter den gegebenen Verhältnissen für außerordentlich bedeutungsvoll.⁴³ Der Besuch Bethmann-Hollwegs in Wien, am 11. August 1916, verlief denn auch im Zeichen war Freundschaft und brachte beide Parteien auch in der polnischen Frage einander bedeutend näher. Es blieben wohl auch weiterhin noch Gegensätze bestehen, aber eine befriedigende Beilegung derselben schien jetzt schon nicht mehr allzu schwierig. Dies war zum großen Teile der Nachgiebigkeit Buriáns zuzuschreiben,⁴⁴ die wieder Tizas Einfluß zu danken war.⁴⁵

Die neueren Angriffe der Russen und Italiener, vor allem aber die rumänische Kriegserklärung und der überraschende Einbruch der rumänischen Streitkräfte in Siebenbürgen, ließen alle anderen Fragen zurücktreten. Die Monarchie kam in schwere Bedrängnis, aus welcher sie allein durch die Waffenhilfe Deutsch-

⁴¹ Burián a. a. O. S. 76.

⁴² Buriáns Brief v. 16. Juli 1916 an Tisza. Briefe, V. Bd., S. 249—250.

⁴³ Brief Tizas an Burián v. 17. Juli 1916. Briefe, V. Bd., S. 250.

⁴⁴ vgl. Burián a. a. O. S. 78—80.

⁴⁵ Tisza an Burián v. 8. Aug. 1916. Kopie in der Korrespondenz d. Grf. Tisza.

lands gerettet wurde. Tisza sah seine bisherige, auf ein Entgegenkommen gegenüber den Deutschen gerichtete Politik in vollstem Maße gerechtfertigt. Er suchte daher Burián nicht nur zur sorgfältigen Pflege seiner persönlichen Verbindungen und freundschaftlichen Beziehungen zu den politischen Kreisen Berlins anzueifern,⁴⁶ sondern bemühte sich auch ihn dahin zu bringen, daß er die polnische Frage je geschmeidiger behandle, dies um so mehr, als nach den eigenen Informationen Buriáns „in dieser Angelegenheit infolge besserer Einsicht der deutschen Regierung... eine günstige Wendung zu erwarten sei.“⁴⁷

Die polnische Frage beschäftigte im September 1916 auch das ungarische Parlament. Wegen des Einbruches der Rumänen in Siebenbürgen griff die Opposition die Heeresleitung der Monarchie und hauptsächlich die Leitung der Außenpolitik scharf an,⁴⁸ welch' letztere man speziell in der polnischen Frage als verfehlt betrachtete.⁴⁹ Da infolge dieser parlamentarischen Angriffe die polnische Frage auch die ungarische öffentliche Meinung beschäftigte, und man einerseits es für zweckmäßig hielt, dieselbe zu beruhigen, andererseits aber auch die Schwankungen der Politik des Deutschen Reiches in dieser Frage die Quelle mannigfaltiger Verwicklungen sein konnten, wollte Burián die Angelegenheit je eher auf einen Ruhepunkt bringen derart, daß er die derzeit verwirklichtbaren Ansprüche der Polen, insoweit sie die militärischen und politischen Interessen der Mittelmächte nicht gefährdeten, befriedigte. Eine derartige Lösung dieser Frage war nicht leicht, wie dies auch bei den, unter Hinzuziehung der deutschen, wie auch der österreichisch-ungarischen Heeresleitung, im Deutschen Hauptquartier am 18. Oktober 1916 begonnenen Verhandlungen zu Tage trat. So geschah es denn, daß die beiden Verbündeten sich erst nach langen Verhandlungen dahin einigen konnten, in einem gemeinsamen Manifeste die Schaffung eines selbständigen polnischen Staates und einer selbständigen polnischen Armee zu verkünden.⁵⁰

Den durch Burián modifizierten Entwurf dieses Aufrufes

⁴⁶ Brf. Tizas v. 16. Sept. 1916. Briefe, V. Bd., S. 342.

⁴⁷ Telephontelegramm Buriáns an Tisza v. 13. Sept. 1916. Briefe, V. Bd., S. 333. und Burián in seinem Telegramm vom 14. Sept. 1916. Briefe, V. Bd., S. 334.

⁴⁸ s. „Budapesti Hírlap“ v. 13. u. 14. Sept. 1916.

⁴⁹ vgl. Buriáns Telegramme und Brief v. 13., 14. u. 15. Sept. 1916 und Tizas Brf. vom 15. Sept. 1916. Briefe, V. Bd., S. 335—339.

⁵⁰ Der Aufruf erschien in allen ungarischen Tagesblättern vom 5. Nov. 1916.

hatte auch Tisza Gelegenheit durchzusehen, fand aber die Textierung nicht in allen Belangen einwandfrei. So beanstandete er beispielsweise, daß der Aufruf die enge politische Verbindung des zu gründenden Polen mit den Mittelmächten zu stark betone, weil diese Textierung den Feinden Gelegenheit bieten könne, unserer eigenen öffentlichen Meinung und auch den Polen die Sache derart darzustellen, als wenn unsere Sympathien in der polnischen Angelegenheit lediglich eine, unsere Machtgelüste verbergende Täuschung wären." Staatsrechtlich verfehlt hielt er auch den im Texte vorkommenden Ausdruck „Kaiserreich“ und schlug an dessen Stelle „Verbündete Mächte“ vor.⁵¹ Bei der endgültigen Fixierung des Textes wurden auch die von Tisza gemachten Einwendungen berücksichtigt. So erschien denn am 5. November 1916 jener Aufruf, in welchem das Deutsche Reich und die Monarchie gemeinsam der Welt verkündeten, daß „aus den durch die heldenmütigen Truppen unter großen Opfern von der russischen Herrschaft befreiten Gebieten ein selbständiger Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung“ und ebenso auch ein selbständiges polnisches Nationalheer geschaffen werde. Die genaue Bestimmung der Grenzen des neuen polnischen Königreiches aber blieb vorderhand noch in Schweben.⁵²

Gleichzeitig mit diesem bedeutungsvollen Manifeste erschien auch jener Erlass Franz Josefs, in welchem der Herrscher, als österreichischer Kaiser, dem Kronlande Galizien das Recht verlieh, die Landesangelegenheiten selbständig zu verwalten. Die bei dieser Gelegenheit an Galizien verliehene, weitgehende Autonomie dürfe jedoch nicht mit der Organisation und den Interessen des österreichischen Kaiserreiches in Widerspruch kommen.⁵³

Die Veröffentlichung des Manifestes vom 5. November 1916 überraschte die Führer des ungarischen politischen Lebens keineswegs. Nicht nur in der regierungstreuen Partei, sondern auch in den Kreisen der Opposition, befanden sich zahlreiche Politiker, die von der bevorstehenden Erlassung des Manifestes Kenntnis hatten. Nur die Art und Weise derselben war eine Überraschung, weil man annahm, daß Reichskanzler Bethmann-Hollweg allein die Errichtung des neuen Königreiches Polen verkünden werde, gleichzeitig aber Burián, als Außenminister der Monarchie, lediglich ein Communiqué in den Tagesblättern veröffentlichen werde.

⁵¹ Bezgl. der Details s. Burián a. a. O. S. 80—83.

⁵² Brief Tiszas an Burián v. 22. Okt. 1916. Briefe Bd. V., S. 397—98.

⁵³ Der Erlaß erschien gleichfalls in allen Tagesblättern v. 5. Nov. 1916.

Im Übrigen wurde das Manifest von allen ungarischen politischen Parteien freudig begrüßt und die „traditionelle Freundschaft der ungarischen Nation von allen Parteien in warmen Worten zum Ausdruck gebracht“.⁵⁴ Alle Parteien anerkannten die große politische Bedeutung⁵⁵ des Manifestes und erwarteten von demselben große Erfolge.

In der ungarischen Gesellschaft löste das Erscheinen des Manifestes eine wahre Begeisterung aus. Sämtliche Blätter würdigten das Ereignis⁵⁶ an führender Stelle und in besonderen Artikeln und brachten durch Tage hindurch Berichte über den Eindruck im Auslande.⁵⁷ Die Professoren der Universität Pozsony sandten ein Begrüßungstelegramm an die Universität Warschau;⁵⁸ Johann Csernoch, Erzbischof von Esztergom hielt unter feierlichen Äußerlichkeiten ein Te Deum in der Budapester Basilika ab;⁵⁹ die Studentenschaft der Budapester Universität und Technik aber aus Anlaß der Wiederaufrichtung des polnischen Königiums eine große Studentenversammlung.⁶⁰ Bezeichnend für die Sympathien der ungarischen Gesellschaft war auch, daß auf der am 5. November 1916 gehaltenen, improvisierten Festfeier des Selbstbildungsvereines des Budapester Reformierten Obergymnasium Prof. Valentin Varga die damalige polnische Hymne mit einer neuen Strophe ergänzte, welche das Publikum auch sogleich mitsang.⁶¹

Das Manifest verursachte nicht nur Freude und Begeisterung, sondern vernichtete auch manche Hoffnungen. Die zaristische Regierung nahm von demselben mit großer Bestürzung Kenntnis, und da man es für zweifellos hielt, daß dasselbe seine Wirkung auf die neutralen Staaten nicht verfehlen werde, legte sie sofort auf diplomatischem Wege bei allen mit ihr verbündeten und neutralen Regierungen Protest gegen die Wiederaufrichtung des Königrei-

⁵⁴ s. „Budapesti Hírlap“ v. 6. Nov. 1916.

⁵⁵ s. diesbezgl. die Äußerungen von Albert Berzeviczy, Präsidenten der Regierungspartei und des Abgeordneten Graf Julius Andrássy: „Budapesti Hírlap“ v. 6. Nov. 1916. Auch „Magyar Hírlap“ v. 5. Nov. 1916.

⁵⁶ vgl. „Budapesti Hírlap“ v. 7. Nov. 1916. Ferner ib. Nov. 19. 1916.

⁵⁷ „Budapesti Hírlap“ v. 8., 9., 12., 16., 17. u. 18. Nov. 1916.

⁵⁸ „Budapesti Hírlap“ v. 14. Nov. 1916.

⁵⁹ „Budapesti Hírlap“ v. 10. u. 12. Nov. 1916.

⁶⁰ „Budapesti Hírlap“ v. 12. Nov. 1916.

⁶¹ Die betreffende Strophe lautete nach einer Tageszeitung wie folgt:
Es freut sich der Pole des Vaterlandes Auferstehens | Vergessend die Vergangenheit und tausendfache Leiden | Sinkt vor den geheiligten Altären er ins Knie | Jubelnd erschallt: Gesegnet der Herr, niemand besiegt uns mehr.
— S. „Budapesti Hírlap“ v. 6. Nov. 1916.

ches Polen ein und qualifizierte diesen Schritt der Mittelmächte als Verletzung jener internationalen Verträge, zu deren Einhaltung sich das Deutsche Reich und die Monarchie seinerzeit unter feierlichem Schwur verpflichtet hätten. Die Mittelmächte verwahrten sich selbstverständlich gegen die Beschuldigung, bestand doch ein solcher Vertrag überhaupt nicht; aber trotzdem schlossen sich die italienische, französische und englische Regierung dem Standpunkte der russischen Regierung an⁶² und protestierten ihrerseits im Wege ihrer, bei den neutralen Staaten akkreditierten, diplomatischen Vertreter bei den Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns wegen der Erlassung des polnischen Aufrufes.⁶³

Den mit dem Erscheinen des polnischen Aufrufes in Verbindung stehenden, oftmalig demonstrativen Charakter annehmenden Gefühlsäußerungen stand die Regierung Tisza beinahe interesselos gegenüber. Die Zeit und Energie des Ministerpräsidenten war vollständig durch die ungeheueren, politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Anspruch genommen; viel Sorge bereitete ihm auch die Frage der ungarländischen Nationalitäten, auf welche Frage er großen Wert legte, da er sich der großen, außenpolitischen Bedeutung derselben sehr wohl bewußt war. Infolge aller dieser Umstände wünschte er sich mit den Ungarn nicht direkt berührenden, außenpolitischen Fragen nur ganz selten direkt zu befassen. Tisza war noch immer der Ansicht, daß er an seinem, im August 1914, in der polnischen Frage eingenommenen Standpunkte nichts zu ändern habe,⁶⁴ und nachdem er sah, daß die Entwicklung dieser Angelegenheit neuerdings, auf deutschen Einfluß hin, von seiner ursprünglichen Konzeption immer mehr abwich, zog er sich ganz zurück und gab nur dann eine Meinung ab, wenn er um eine solche befragt wurde. Ein Jahr nach Veröffentlichung des Manifestes erklärte er ganz freimütig vor der Leitung der Partei, daß er damals mit dem Geschehenen nicht einverstanden gewesen sei. „Am klügsten und besten wäre es gewesen,“ sagte Tisza am 7. November 1917 „wenn die beiden Regierungen und der Minister des Äußeren in der polnischen Frage bis zur Beendigung des Krieges überhaupt keinen Beschluß gefaßt hätten, weil es ohnedies absolut ungewiß war, in welcher Weise man diese Angelegenheit später bei Friedensschluß hätte regeln kön-

⁶² s. „Budapesti Hirlap“ v. 19. Nov. 1916.

⁶³ s. „Budapesti Hirlap“ v. 20. Nov. 1916.

⁶⁴ vgl. Ottokar Czernin, Im Weltkrieg. Berlin und Wien, 1919. S. 273—278.

nen." Auch jetzt betonte er, daß „er die trialistische Lösung als mit den Interessen Ungarns überhaupt nicht im Einklange stehend halte". Er sei der Meinung, daß „wenn die Monarchie nach dem Wunsche des Ministers des Äußeren, mit Polen eine Personalunion einginge, dies für Ungarn unangenehme Folgen haben werde. Österreich verliere ohnedies Galizien und infolgedessen würde Ungarn bei Berechnung der Quote finanziell in eine ungünstigere Lage kommen. Im Falle einer Personalunion hätte allerdings Österreich den Vorteil, gegenüber den Deutschen die Oberhand zu gewinnen, doch müsse man auch mit einem aggressiveren Verhalten und Forderungen der slavischen Völker des österreichischen Kaiserreiches rechnen. Er halte es auch für wahrscheinlich, daß die Ruthenen sich dem gänzlichen Anschlusse Galiziens an den neuen Staat widersetzen würden."⁶⁵

In dieser späten Äußerung Tiskas war bestimmt auch Kritik enthalten, zu welcher er sich jedoch berechtigt fühlen konnte, wenn er bedachte, wie viele Schwierigkeiten durch die polnische Frage im Laufe des Jahres 1917 verursacht worden waren, vor allem wegen jener Bestrebungen, welche auf einen engeren Anschluß Polens an Deutschland abzielten.⁶⁶ Ende 1917 konnte er seinen Standpunkt, daß Verfügungen endgültigen Charakters in Polen vor Beendigung des Krieges nicht zu treffen seien, als gerechtfertigt betrachten.

Zur Vorsicht und Zurückhaltung verpflichtete ihn auch der Umstand, daß er als ungarischer Ministerpräsident ständig auf die besondere Zusammensetzung und Lage der Monarchie Rücksicht nehmen mußte. Dies war auch der Grund, daß Tisza als Ministerpräsident die polnische Frage im Parlament nur zweimal zur Sprache brachte, und zwar am 15. Juni 1916 und am 13. Dezember 1916.⁶⁷ Beide Reden legen Zeugnis dafür ab, daß er ein eben so guter Freund der Polen war, wie welches Mitglied immer der ungarischen Gesellschaft, ohne Unterschied der Partei.

Als er seit Juni 1917 mit seiner Partei gemeinsam in Opposition ging und daher nicht mehr durch Rücksichten auf solche

⁶⁵ Lt. frdl. Mitteilung von Exc. Eugen v. Balogh, welche bei jener Äußerung Tiskas zugegen war.

⁶⁶ „Heute steht Deutschland ferner denn je von dieser Lösung und ist fest entschlossen, das polnische Territorium, welches von Rußland abgetreten sein wird, in seine Machtsphäre zu bekommen" — Tiskas Memorandum v. 13. Jan. 1917. an König Karl IV. Briefe Bd. VI., S. 127—128 und Ottokar Czernin, a. a. O. S. 278 ff.

⁶⁷ Protokoll d. Reichstags 1910—1915, 636. u. 676. Sitzung.

Gesichtspunkte, auf welche ein verantwortlicher Ministerpräsident Bedacht nehmen muß, eingeschränkt war, verfolgte er die Entwicklung der polnischen Frage — immer unter Aufrechterhaltung seiner ursprünglichen Ansicht bezüglich Wahrung der dualistischen Konstruktion der Monarchie⁶⁸ — mit größtem Interesse und offener Sympathie. Auch seine Parlamentsrede vom 20. November 1917 zeigte,⁶⁹ daß Tisza sich moralisch verpflichtet fühlte, sein Wort im Interesse der Polen zu erheben, wo immer im Zusammenhange mit ihrer Sache bedenkliche Erscheinungen auftauchten, und er annehmen konnte, der polnischen Sache mit seinem Eintreten von Nutzen sein zu können. Es ist zweifellos, daß wir bei Wertung der politischen Persönlichkeit Tizas seine polenfreundliche Gesinnung nicht übersehen dürfen.

OSZK
Országos Széchényi Könyvtár

⁶⁸ Die Würdigung Grf. Tisza's als Staatsmann s. Eugen v. Balogh, Das Gedächtnis des Grf. Stephan Tisza. Budapest, 1921.

⁶⁹ Protokoll des Reichstages 1910—1915, 752. Sitzung.